

Für Landshut. Die Grünen.

Programm zur Kommunalwahl 2014

Bündnis 90/Die Grünen

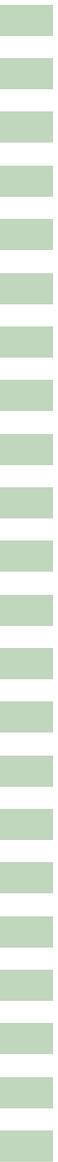
Kreisverband Landshut Stadt

beschlossen

auf der Kreisversammlung

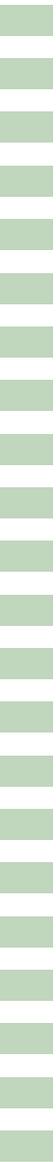
am Donnerstag, den 26. September 2013





Inhalt

Präambel	7
BÜRGERBETEILIGUNG: mitmachen und mitbestimmen	9
STADTENTWICKLUNG: Grün fördert Lebensqualität	12
VERKEHR: Zukunft auf neuen Wegen	17
KLIMASCHUTZ und ENERGIE: Energiewende vorantreiben	22
NATUR- und UMWELTSCHUTZ: unsere Lebensgrundlagen sichern	27
SOZIALES: Lebensqualität für alle	31
Wo Kinder sind, da ist Familie	31
Platz da für die Jugend	33
Selbstbestimmt leben im Alter	34
Leben in einer inklusiven Gesellschaft	35
Wege aus der Armut.	36
Landshut – eine weltoffene Stadt	38
Gelebte Gleichstellung in Landshut	40
Andersrum ist nicht verkehrt - Lesben und Schwule in Landshut	41
RECHTSEXTREMISMUS: Wehret den Anfängen!	42
BILDUNG: Gleiche Chancen für alle	43
KULTUR: Vielfalt fördern, Identität schaffen	44
SPORT: Spaß und Bewegung für alle	45
KRANKENHAUS: doppelt - wie lange noch?	46
HAUSHALT und FINANZEN: Aufgabenproblem – kein Ausgabenproblem	48
WIRTSCHAFT: aktiv und nachhaltig fördern	51



Liebe Landshuterinnen und Landshuter,

am 16. März 2014 wählen Sie den neuen Stadtrat. Sie bestimmen, wohin es gehen soll, in welche Richtung sich unsere Stadt in den kommenden sechs Jahren entwickeln wird.

Wir Landshuter Grüne möchten diese Stadt auch weiterhin als starke politische Kraft im Stadtrat mitgestalten. Wir machen Ihnen deshalb ein Angebot für Landshut.

Landshut ist eine lebendige Stadt mit hoher Lebensqualität.

Mit ihrer einzigartigen historischen Altstadt, den stadtnahen Erholungsgebieten in den Isarrauen und den umliegenden Tälern, den guten Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten, ihren wichtigen Infrastruktureinrichtungen und nicht zuletzt der Nähe zu München bietet Landshut alles, was eine attraktive Heimatstadt braucht. Doch nicht alle Landshuterinnen und Landshuter leben gut in ihrer Heimat. Manche sind ständigem Verkehrslärm ausgesetzt oder finden keine bezahlbare Wohnung. Das wollen wir ändern.

Damit Landshut auch in Zukunft lebenswert bleibt, werden wir Grüne weiterhin entschieden für einen sensiblen Umgang mit unserem historischen Erbe und für eine ökologische Stadtentwicklung eintreten. Denkmalschutz und der Erhalt städtischer Grünflächen haben für uns Landshuter Grüne einen hohen Stellenwert. Gemeinsam mit vielen engagierten Landshuterinnen und Landshutern ist es uns in der Vergangenheit gelungen, die Isarrauen und das Tal Josaphat zu bewahren.

Nicht erst die heftigen Debatten um die Westtangente und den Burgaufzug haben gezeigt, wie wichtig die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in alle Entscheidungen ist. Wir wollen sie in die Stadtpolitik einbinden. Die Idee der Bürgerstadt heißt, gemeinsam gestalten und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Eine funktionierende Stadtgesellschaft braucht die

Tatkraft und das Herz ihrer Bewohner und Bewohnerinnen.

Grüne Stadtpolitik: Ökologisch - sozial - bürgernah

Wir Grüne stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur. Die Ökologie ist unser Grundwert. Deshalb werden wir auch in Zukunft mit all unserer politischen Kraft für den Klimaschutz, die Energiewende und den Erhalt unserer Umwelt eintreten.

Wir Grüne stehen für eine offene und tolerante Stadtgesellschaft, in der ein gutes Miteinander der Generationen und Menschen aus den verschiedenen Nationen eine Selbstverständlichkeit sind. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe aller in dieser Stadt verwirklichen. Das ist eines unserer zentralen Anliegen.

Wir Grüne stehen für Transparenz und direkte Mitbestimmung aller. Die Herausforderungen der Zukunft wollen wir in einem intensiven Beteiligungsprozess mit allen Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam angehen und bewältigen. Denn die Landshuterinnen und Landshuter wissen am besten, wie sie in Zukunft in ihrer Stadt leben wollen.

Das sind die Leitlinien unseres politischen Handelns.

Grüne Stadtratsarbeit: zuverlässig - glaubwürdig - kompetent

Wir Grüne waren mit unserer inhaltlichen Arbeit in den zurückliegenden Wahlperioden eine erfolgreiche politische Kraft im Stadtrat.

Der blassen Politik der CSU - aktuell noch stärkste Fraktion im Stadtrat - die in den vergangenen sechs Jahren keine nennenswerten Impulse setzte, sondern von Beginn an mit heillosen Zerstrittenheit, Zerfallserscheinungen, diffusen Abstimmungsverhalten und nicht selten mit Politik gegen „ihren“ Oberbürgermeister von sich reden machte, setzte die Stadtratsfraktion

der Grünen eine konstruktive, verlässliche und sachlich orientierte Politik entgegen.

Landshut befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Haushaltssituation. Eine hohe Verschuldung, zunehmend mehr Aufgaben, die das Land an die Kommune überträgt, ohne entsprechende Finanzausstattung und immense Altlasten wie der Sanierungsstau an städtischen Gebäuden oder der „Bernlochner-Vertrag“, haben den Gestaltungsspielraum der Politik enorm eingeengt. Mit dieser Situation werden wir uns auch in der kommenden Wahlperiode auseinandersetzen müssen, denn weder die Schulden noch die Aufgaben sind weniger geworden.

Umso wichtiger ist es, die richtigen Prioritäten zu setzen und einen klaren politischen Kurs einzuschlagen. Das erfordert auch den Mut, notfalls unbequeme Forderungen zu stellen,

Wir wollen Haushaltskonsolidierung, jedoch immer unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen. Den verbleibenden Handlungsspielraum wollen wir klug nutzen.

Grüne Ideen durchsetzen

Landshut braucht eine Stadtpolitik, die Impulse setzt bei den zentralen Aufgaben der Energieversorgung, des Umwelt- und Klimaschutzes, einer umweltverträglichen Verkehrspolitik, der Schaffung bezahlbaren Wohnraums und der gesellschaftlichen Teilhabe aller Landshuterinnen und Landshuter. Wir Landshuter Grüne wollen die Zukunft Landshuts gestalten und auch in der kommenden Wahlperiode politische Verantwortung im Stadtrat übernehmen.

Auf den nachfolgenden Seiten stellen wir Ihnen das Programm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Landshut für die Kommunalwahl am 16. März 2014 vor.

Um unsere Ideen für Landshut umsetzen zu können, brauchen wir Ihre Unterstützung. Stimmen Sie am 16. März 2014 für mehr GRÜN in unserer Stadt!

Wir machen uns stark für ein lebenswertes Landshut.

Für Landshut. Die Grünen.

BÜRGERBETEILIGUNG: mitmachen und mitbestimmen

Die veränderten Mehrheitsverhältnisse haben in den letzten sechs Jahren einiges in Bewegung gebracht. Die Debatten sind offener geworden. Es konnten zukunftsfähige Entscheidungen getroffen werden, die so unter der Alleinherrschaft der CSU nicht denkbar gewesen wären. Beispiele dafür sind die Einrichtung des Migrationsbeirats und natürlich der Umbau der alten Müllverbrennungsanlage zum modernen Biomasseheizkraftwerk. Andererseits gibt es immer noch grobe Verstöße gegen das Gebot der Transparenz, besonders hinsichtlich der Öffentlichkeit der Stadtratsberatungen. Hier wurde der Großteil der Beratungen über die Haushaltskonsolidierung im Jahr 2013 ganz unnötig wieder hinter verschlossenen Türen abgehalten.

Die Bürgerinnen und Bürger in Landshut sind darüber hinaus noch immer viel zu wenig an politischen Entscheidungen beteiligt. Eine aktive Informationspolitik des Rathauses gibt es nicht, die Rechte von Bürgerversammlungen werden kaum respektiert, und von moderneren Beteiligungsformen, etwa über das Internet, ist Landshut weit entfernt. Welche Rolle der Bürgerwille in den Überlegungen vieler Stadtpolitikerinnen und Stadtpolitiker spielt, zeigt sich auch daran, dass die Westtangente binnen Tagen nach ihrer Ablehnung durch den Bürgerentscheid von 2012 schon wieder in Aussagen einiger Rathausfraktionen bis hin zur SPD herumgeisterte.

Dieser Mangel an Transparenz und Bürgerbeteiligung im Rathaus mindert die Qualität der Politik. Ohne Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern werden viel zu oft falsche, teure und von Einzelinteressen bestimmte Entscheidungen getroffen, man denke nur an das Unsinnprojekt Burgaufzug. Selbst gute Beschlüsse können dann im Nachhinein oft nur schwer vermittelt werden.

Wer Politik heute noch immer als abgehobene Veranstaltung versteht, bei der einige Wenige das Schicksal der Stadt lenken, der wird seinem gemeinwohlorientierten Mandat im Stadtparlament nicht gerecht.

Das grüne Verständnis demokratischer Politik sieht anders aus: Wir wollen allen Landshuterinnen und Landshutern die Chance geben, die Politik in ihrer Heimatstadt mitzugestalten und nicht nur denen, die über Beziehungen verfügen oder in Parteien organisiert sind, und nicht erst dann, wenn per Bürgerentscheid die Notbremse gezogen werden muss. Wir setzen uns ein für ein partnerschaftliches Miteinander von Politik und Verwaltung mit Wirtschaft, Verbänden und Bürgerschaft. Dazu brauchen wir eine mehr Transparenz im Rathaus und verlässliche Beteiligungsformen für alle.

Wir Grüne wollen:

- eine Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Diese regelt auch eindeutig die Informationsrechte der Vertreterinnen und Vertreter des Begehrens und verhindert so eine einseitige Informationspolitik der Stadtverwaltung.
- mehr Respekt vor Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Es kann nicht sein, dass die Vertreter und Vertreterinnen legitimer Anliegen der Bürgerschaft sich einem rüden Umgangston bis hin zu offenen Beleidigungen aussetzen müssen und erst recht nicht dürfen die von den Landshuterinnen und Landshutern getroffenen Entscheidungen bei erster Gelegenheit wieder zur Disposition gestellt werden. Die Ergebnisse von Bürgerentscheiden sind auch über die gesetzliche Bindungsfrist hinaus zu respektieren.
- mehr Öffentlichkeit in Stadtratssitzungen und bessere Verständlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger; Sitzungsunterlagen müssen vorab im Internet verfügbar sein.

- eine Rathauszeitung, die regelmäßig über die Stadtpolitik informiert; aktuelle Themen sollen darin verständlich präsentiert werden; Fraktionen sollen ihre Standpunkte darstellen können, wie es auch in Städten wie München (Rathausumschau) oder Freiburg (Amtsblatt) längst üblich ist.
- Als Modellprojekt eine Internetplattform, auf der die Bürgerinnen und Bürger aktuelle kommunalpolitische Themen diskutieren können. Dadurch kann die öffentliche Debatte vertieft und der Informationsstand sowohl der Landshuterinnen und Landshuter als auch des Stadtrats verbessert werden.
- Live-Übertragungen der Stadtratssitzungen im Internet, kombiniert mit einem Archiv der Aufnahmen vergangener Sitzungen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Rathaus-Terminplan aus erster Hand informieren können.
- ein offenes Jugendplenum mit Antragsrecht für den Stadtrat.
- Stadtteilsprecherinnen und Stadtteilsprecher für jeden Stadtteil als Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen für Verwaltung und Stadtrat. Sie sind Sprachrohr für die Bürgerinnen und Bürger ihres Stadtteils und organisieren die Stadtteiltreffs. Stadtteilsprecherinnen und Stadtteilsprecher werden von den Bürgerversammlungen gewählt.

Bürgerhaushalt

Ein Bürgerhaushalt ist definiert als ein auf Dauer angelegtes Verfahren, durch das Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung und Umsetzung öffentlicher Finanzen teilnehmen können.

Zahlreiche Kommunen in Deutschland haben bereits sehr gute Erfahrungen mit Bürgerhaushalten gemacht – gerade solche mit schwierigen Haushaltslagen. Bürgerinnen und Bürger bringen dabei z.B. über das Internet oder in speziellen Versammlungen Spar- und Investitionsvorschläge ein und stimmen darüber ab. In letzter Instanz entscheidet dann der Stadtrat, welche Vorschläge umgesetzt werden können. Oft gehören zu einem Bürgerhaushalt auch transparentere Darstellungen des kommunalen Haushalts. Zusätzliche Bildungsangebote ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern eine kompetente Auseinandersetzung mit der Finanzlage der Stadt. Eine ausführliche Rechenschaftslegung der Verwaltung über den Umgang mit den Ideen der Bürgerinnen und Bürger sichert die Akzeptanz des Verfahrens.

Die erfolgreichsten Bürgerhaushaltsmodelle sind die, bei denen die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an eingebunden werden. Wir Grüne wollen daher, dass die Stadt Landshut in der ersten Hälfte der nächsten Wahlperiode zusammen mit Vereinen, Verbänden und Bürgern ein geeignetes Bürgerhaushaltsmodell entwickelt und umsetzt, so dass noch in dieser Wahlperiode ein erster Bürgerhaushalt in Landshut aufgestellt werden kann.

- Bürgerversammlungen, die ihren Namen verdienen. Die Bürger und Bürgerinnen dürfen über ihre Rechte nicht im Unklaren gelassen werden, Anträge müssen zugelassen werden und Abstimmungen dürfen nicht einfach unterbunden werden. Bürgerversammlungen sind keine Werbeveranstaltungen eines Oberbürgermeisters, sondern müssen Raum bieten für Debatten über die Zukunft des Stadtteils. Deshalb sollen Bürgerversammlungen auch in jedem Stadtteil einzeln stattfinden und nicht zusammengelegt werden.
- ein Internet-Petitionssystem nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages (vgl. <http://epetitionen.bundestag.de>), mit dem die Landshuterinnen und Landshuter ihre Anliegen an den Stadtrat herantragen und Unterstützerstimmen sammeln können. Wenn eine Petition von mehr als 2% der Bevölkerung unterstützt wird, soll sie verbindlich im Stadtrat behandelt werden müssen.
- einen Bürgerhaushalt. Gerade hochverschuldete Städte wie Landshut profitieren erfahrungsgemäß von einer Einbindung der Bevölkerung in die Haushaltsplanung. Ein Bürgerhaushalt hilft, bei Investitionen die richtigen Prioritäten zu setzen und kann Ideen und Know-how der Bürgerinnen und Bürger für Einsparungen nutzbar machen.

STADTENTWICKLUNG: Grün fördert Lebensqualität

Die Stadt ist als lebendiger Organismus einem steten Wandel unterworfen. Dabei heißt Stadtentwicklung zweierlei: Die Ausdehnung des Stadtraumes auf bisher nicht bebaute Freiflächen und den Erhalt sowie die Verbesserung des bestehenden Stadtraumes. Gerade in einer historischen Stadt wie Landshut hat der Erhalt der alten Kernstadt ein besonderes Gewicht. Dabei gilt es jedoch sorgfältig abzuwägen zwischen dem Erhalt des historischen Erbes und der Erneuerung nach den heutigen gestalterischen, sozialen und ökologischen Bedürfnissen. Dafür wollen wir die richtigen Weichen stellen.

Bei der Ausdehnung des Stadtraumes werden wir Landshuter Grüne besonders auf einen sparsamen Umgang mit dem Boden und auf äußerste Zurückhaltung bei neuen Bodenversiegelungen achten. Wir wollen eine Bauleitplanung, die vorrangig auf Ökologie und Nachhaltigkeit achtet, und eine Verkehrsführung, die Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV nicht dem Autoverkehr unterordnet. Einkaufszentren oder Einkaufsmärkte auf der grünen Wiese lehnen wir ab.

LEBEN in der alten Kernstadt

Die alte Kernstadt Landshuts hat eine einzigartige stadträumliche Qualität. Diese wollen wir bewahren und gleichzeitig lebendig weiterentwickeln. Die Landshuter Innenstadt muss mehr als bisher ein Ort sein, in dem Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Freizeit miteinander im Einklang stehen. Das können wir nur erreichen, wenn Erhalten und Erneuern in gleichem Maße diesem Ziel verpflichtet sind.

Wir Landshuter Grüne treten ein für:

- einen Denkmalschutz, der nicht vor Investoren einknickt und auch in diesem Bereich die

Sozialpflichtigkeit des Eigentums einfordert; in Einzelfällen muss die Denkmalschutzbehörde auf Durchführung von Erhaltungsmaßnahmen sowie auf die Ahndung von Verstößen in Form von Geldbußen bestehen, so wie es Art. 4 des Denkmalschutzgesetzes vorsieht.

- eine Baupolitik, die zeitgemäßes Bauen selbstverständlich zulässt, sich aber dabei dem Druck der Investoren, das Maximum an Neubauvolumen herauszuholen, nicht mehr beugt; Königsfeldergasse, rückwärtiges Kolpinggelände, Nachbarschaft zu Heilig Geist, ehemaliger Kollerparkplatz – so darf es nicht weitergehen.
- eine Wohnungspolitik, die dem Trend zur Stadtteil-Veredelung entgegenwirkt, damit es zu keiner Spaltung der Bürgerschaft und keiner Ausgrenzung weiterer Bevölkerungskreise kommt. Auch in der Kernstadt muss Wohnen für sozial Schwächere und für Familien mit Kindern möglich sein.
- eine Verkehrspolitik, die endlich einsieht, dass es die gotische autogerechte Stadt nicht geben kann. In der Kernstadt darf das Auto nicht das dominierende Verkehrsmittel bleiben. Deshalb: ja zu Anwohnergargen und -stellplätzen, ja zu Parkplätzen für Behinderte, entschiedenes nein zu neuem Parkraum, insbesondere zu einer Tiefgarage unter der Neustadt.
- die Ausweisung neuer Fußgängerzonen in den Gassen zwischen Altstadt und Neustadt sowie in dem Bereich zwischen Postplatz und Bischof-Sailer-Platz. Mehr Verkehrsberuhigung erhöht die Aufenthaltsqualität unserer Innenstadt.
- Gestaltungsfreiheit bei der alten JVA, so dass weder der Erhalt als Denkmal noch der gan-

ze oder teilweise Abbruch zwingend vorgegeben sind, so lange über die künftige Nutzung dieses Bereichs noch nicht entschieden ist.

- den Verbleib des Ottonianums als bedeutendes Zeugnis der Landshuter Baukultur im 19. Jahrhundert in kommunaler Hand und die Beibehaltung des Hauses als Jugendherberge.
- Barrierefreiheit nicht nur vereinzelt, sondern in der ganzen Kernstadt.
- eine völlige Neugestaltung des Dreifaltigkeitsplatzes entsprechend seiner historischen Bedeutung und als offener Eingangsbereich zur Altstadt hin. Der Dreifaltigkeitsplatz soll Bewegungs- und Aufenthaltsraum für Menschen anstatt für Autos sein. (desgleichen für den Regierungsplatz).
- Aufenthaltsmöglichkeiten ohne Konsumzwang und Belebung der Kernstadt durch Bäume und Wasser an geeigneten Orten, insbesondere auch für Familien mit Kindern.

LEBEN am Fluss

Die Isar fließt mitten durch Landshut, aber sie wird nicht als der lebendige Stadtraum erkannt, den viele sich wünschen. Die Mehrheit in der Kommunalpolitik und ihr folgend die Verwaltung haben eine für uns unverständliche Scheu davor, den Stadtraum Isar für das Alltagsleben der Bürger zu öffnen. Man sehe sich das klägliche und ängstliche Ergebnis an, das bei der Neugestaltung des Ländtorplatzes herausgekommen ist. Wir fordern eine grundlegende Neubesinnung. Die Vorschläge des Werkbundes Bayern sowie das Gewässerentwicklungskonzept des Wasserwirtschaftsamtes sehen wir als hilfreich an, ebenso die Arbeit des „Isarforums“.

Unsere Grünen Ziele sind:

- Eine wirkliche Öffnung des Ländtorplatzes und des Postplatzes zum Fluss hin mit freier Aufenthaltsqualität am Wasser.
- Eine deutlich bessere Öffnung der Mühleninsel zum Wasser hin.
- Die Schaffung des Uferparks an der Schützenstraße, wobei wir voraussetzen, dass der Baumbestand entlang der Uferzone soweit als möglich geschont wird, für Radfahrer/-innen und Fußgänger/-innen auch künftig

Fußgängerzone am Postplatz

Eine Fußgängerzone, die den Bischof-Sailer-Platz, die Heilig-Geist-Gasse und den Postplatz einschließt, dient nicht nur einer weiteren Verkehrsberuhigung der Kernstadt. Mit ihr gewinnen der Bischof-Sailer-Platz und ganz besonders der Postplatz an Aufenthaltsqualität. Der Postplatz wäre nicht mehr von parkenden Autos vollgestellt, sondern könnte sich in neuer Gestalt zur Isar hin öffnen. So kann die Heilig-Geist-Kirche ein würdiges Umfeld erhalten, das ihrem einzigartigen historischen und baukünstlerischen Rang entspricht.

ein durchgängiger Weg besteht und in die Planungen alle Bürger (nicht nur die Gartenpächter und die unmittelbaren Anwohner) einbezogen werden.

- Die Stärkung des Isarforums, um die Entwicklung am Fluss voranzutreiben.

LEBEN im Stadtviertel

Landshut ist mehr als die alte Kernstadt, in der nur gut 7 % aller Landshuter und Landshuterinnen wohnen. Die Stadtteile Wolfgang, West oder Nikola haben jeweils für sich allein mehr als doppelt so viele Einwohner wie die Altstadt. Leben, Arbeiten und Kultur finden auch in diesen Vierteln statt, bei aller Orientierung auf die Kernstadt haben sie sich ein Stück Autonomie bewahrt und das soll so bleiben.

Eine umsichtige Kommunalpolitik muss sich nicht zuletzt daran messen lassen, wie sie mit ihrer Peripherie umgeht. Dabei sind die Bewohnerinnen und Bewohner von Anfang an in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Stadtteilen ähnlich den Arbeitsgruppen im Rahmen des Bundesprogramms „Soziale Stadt“, wie sie im Nikolaviertel seit Jahren erfolgreich arbeiten, können auch in den anderen Stadtteilen als Vorbild dienen.

Im Einzelnen wollen wir das durch folgende Maßnahmen umsetzen:

- Den Stadtpark deutliche umgestalten, so dass er auch Erwachsene stärker zu Freizeitaktivitäten einlädt (z.B. Bocchia-Bahnen). Dabei muss einem naturnahen Bewuchs größerer Raum gewährt werden.
- Dort, wo private Bausubstanz spürbar verbessert wurde (z.B. in der Seligenthaler Straße), diese Entwicklungen durch Neugestaltung des öffentlichen Raums unterstützen.

- Das Projekt „Naherholungsraum Flutmulde“ umsetzen. Isar und Flutmulde haben besondere Bedeutung als naturnahe Freizeit- und Erholungsräume mitten in der Stadt. Um sie in ihrer Bedeutung zu erhalten und zu stärken, hat die Stadt Landshut ein Fachgremium „Isarforum“ gebildet. Wir Grünen unterstützen die Arbeit dieses Fachgremiums in vollem Umfang.

- Brachflächen zur temporären Nutzung als Bürgergärten zur Verfügung stellen. Solche Bürgergärten erhöhen deutlich die Aufenthaltsqualität in den Vierteln und stärken das Zusammenleben ihrer Bewohnerinnen und Bewohner.

- Landshut zur Stadt der kurzen Wege machen, mit einer wohnortnahen Versorgung im Einzelhandel und einer guten Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Die Stadt hat mit großem Kostenaufwand ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept erstellen lassen. Dieses Konzept, das bisher nur als Empfehlung verabschiedet wurde, ist verbindlich festzuschreiben.

- Mehr Zurückhaltung bei der Stellplatzplanung. Stellplätze sind in die Höhe, nicht in die Fläche zu bauen.

- Alte Bausubstanz zurückhaltend und unter weitgehender Berücksichtigung des Denkmalschutzes umgestalten, um auch für die Zukunft alte Strukturen zu erhalten. (Beispiel Wagnergasse im Nikolaviertel). Neubauten haben sich in den Altbestand unter Wahrung der Maßstäblichkeit einzufügen.

- Eine weitere Umgestaltung des Bismarckplatzes als mittel- und langfristiges Ziel, um diesem bedeutsamen Ort der Stadtgeschichte wieder einen Platzcharakter mit deutlich verbesserter Aufenthaltsqualität

zu verleihen. Bei der Lösung der Verkehrsprobleme auf dem Bismarckplatz muss der Schulwegsicherheit absolute Priorität eingeräumt werden.

LEBEN in der Hochschulstadt

Die Landshuter Hochschule wächst erfreulicherweise und macht verlorenen Boden gut. Neue Fachrichtungen wie Medizintechnik werden angeboten, die Studentenzahlen steigen, die Wirtschaft vernetzt sich mit der Hochschule. Synergieeffekte nutzen heißt zum Beispiel, die Kompetenz der Hochschule gezielt für die Lösung kommunalpolitischer Probleme einzusetzen.

Dazu ist es notwendig, dass

- eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Fachhochschule und der Stadtverwaltung und Stadtpolitik hergestellt und gelebt wird.
- ein intensiver Informationsaustausch stattfindet.
- die Kontakte zu den Hochschulgremien intensiviert und erweitert werden.
- die Stadt Landshut vermehrt Studien bei der Hochschule in Auftrag gibt (s. Verkehrsstudie Prof. Denk).
- eine „Dependance“ der Hochschule in der Innenstadt entsteht, die gezielt auch den Austausch mit der Stadtgesellschaft fördert.

Studierende bereichern das Leben einer Stadt. Sie bringen frischen Wind, stellen kritische Fragen, sind künstlerisch anregend und manchmal ziemlich provokant – kurzum: sie halten jung und sind zukunftsweisend. Im Landshuter Leben sind die Studenten bisher viel zu wenig prägend.

Dies zu ändern muss ein großes Anliegen des zukünftigen Stadtrats sein.

Dazu ist es notwendig, dass

- innerstädtisch günstige Studentenwohnungen angeboten werden und die ÖPNV-Anbindung von Hochschule und Innenstadt verbessert wird.
- Studienanfängerinnen und Studienanfänger von der Stadt insgesamt und nicht nur vom Oberbürgermeister willkommen geheißen werden.
- auf Studierendenangebote in Lokalen, öffentlichen Einrichtungen etc. hingewirkt wird.

LEBEN in gesellschaftlicher Vielfalt

Das Leben in gesellschaftlicher Vielfalt stößt im Alltag immer wieder an Grenzen. Eine Stadtentwicklungspolitik, die der Abschottung und Stigmatisierung von Wohnquartieren nicht ausreichend entgegenwirkt, treibt oftmals den Ausschluss von Migrantinnen und Migranten sowie von älteren und sozial schwachen Mitbürgerinnen und Mitbürger voran. Nur durch eine Offenheit lassen sich verfestigte Situationen des Ausschlusses aufbrechen.

Dazu ist es notwendig, dass

- bezahlbarer städtischer Wohnraum erhalten bleibt, bzw. durch Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft neuer bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.
- eine wirkliche Willkommenskultur gefördert wird, wodurch der Bildung von Parallelgesellschaften und rechtsextremen Tendenzen vorgebeugt werden kann.

- Konzepte für ein verbessertes Zusammenleben aller Generationen in Stadtvierteln entwickelt werden.
- eine Stadtentwicklung gelebt wird, die alle Bewohnerinnen und Bewohner einbezieht, um Ausgrenzung entgegenzuwirken.
- Jugendkultur nicht als störend empfunden wird, sondern als Chance einer lebendigen Gesellschaft gesehen wird.

LEBEN mit Hund

Hunde können nicht selten auch wichtige Sozialpartner für Ihre Besitzerinnen und Besitzer sein: Hunde werden im öffentlichen Leben oft als störend empfunden. Das hat oft verschiedene Ursachen: es kann am Fehlverhalten der Hundebesitzer liegen, oder auch am mangelnden Verständnis für Hunde, als Familienmitglied, aber insbesondere auch für ältere oder alleinstehende Menschen. Um das Leben mit Hund in Landshut zu verbessern, brauchen wir: ein verständnisvolles und rücksichtsvolles Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger, ob mit oder ohne Hund. Ein Konzept für Hundefreilaufflächen, eine Befreiung des Leinenzwangs bei Besitz eines Hundeführerscheins, mehr „Dogstations“ (Hundehaufensammler) im Stadtgebiet und an den Grünflächen sowie mehr Trinkmöglichkeiten in der Innenstadt.

VERKEHR: Zukunft auf neuen Wegen

Beim Bürgerentscheid im Oktober 2012 haben die Landshuterinnen und Landshuter den Plan einer Westtangente abgelehnt. Das ist ein historisches Ereignis für Landshut. Der Bau von immer mehr Straßen und Parkplätzen löst keine Verkehrsprobleme. Das haben die Bürgerinnen und Bürger erkannt. Sie befinden sich dabei in guter Gesellschaft von Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplanern, die seit langem andere Konzepte propagieren. Doch die Politik, gerade auch im Landshuter Rathaus, hinkt hier immer noch hinterher. Sie versucht, Symptome zu kurieren, statt auf eine grundsätzliche Lösung zu setzen und ein attraktives, effizientes und sicheres Mobilitätsangebot anzustreben.

Wir Grüne fordern nicht den Verzicht auf das Auto. Wir wollen vielmehr ein neues Bewusstsein von Mobilität und die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige und umweltfreundliche Verkehrspolitik schaffen. Das sind die Säulen unseres Mobilitätskonzepts:

- Die gezielte Förderung des Umweltverbunds (Bus, Rad, Fußgänger) um die Gleichberechtigung aller Arten von Mobilität zu erreichen.
- Eine enge Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis, dessen Bewohnerinnen und Bewohner gleichermaßen am Stadtverkehr teilnehmen.
- Die Stadt von vermeidbarem Kfz-Verkehr entlasten, wozu ein abgestimmtes Paket von Maßnahmen erforderlich ist.

Ähnlich wie in größeren Städten wollen wir das Mobilitätsangebot so intelligent vernetzen, dass sich niemand mehr unnötigem Stau- und Parkplatzfrust aussetzen muss. Wir setzen dabei nicht auf unkoordinierte Einzelmaßnahmen, sondern

auf einen Verkehrsentwicklungsplan, der Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und ÖPNV gleichermaßen im Blick hat.

Im Einzelnen braucht Landshut dazu

- Verkehrsvermeidung. Wir wollen die „Stadt der kurzen Wege“.
- Verkehrsverlagerung. Konkret soll der Anteil des Umweltverbunds (Bus-, Fuß- und Radverkehr) bis 2020 um zwanzig Prozent steigen.
- eine bessere Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis beim Schwerlastverkehr und besonders beim ÖPNV.
- den starken Ausbau andernorts bewährter Konzepte wie Carsharing, Parkraumbewirtschaftung und ÖPNV zu einem attraktiven Gesamtangebot.
- mehr Tempo 30. Als Sofortmaßnahme generell vor Schulen, Kindergärten und Seniorenheimen sowie aus Lärmschutzgründen auf der Veldnerstraße nachts; als längerfristiges Ziel flächendeckend Tempo 30-Zonen abseits des Hauptverkehrsnetzes.
- Barrierefreiheit für Blinde, Rollstuhlfahrende, Rollatoren und Kinderwagen.
- Schallschutzmaßnahmen, z.B. für die Konrad-Adenauer-Straße.
- mehr verkehrsberuhigte Bereiche oder Shared Space (Straßenraum auf dem alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind).
- eine Förderung umweltfreundlicher Antriebskonzepte, insbesondere der Elektromobilität. Wir wollen ein Versorgungsnetz

für Pedelecs, e-Bikes, Elektroautos mit regenerativem, CO₂-neutralem Strom.

- keinen Ausbau des Verkehrslandeplatzes Eltermühle.

Fußgänger: Die viel zu häufig vernachlässigte Verkehrsgruppe

Fußgänger werden in der Verkehrsplanung noch immer zu wenig berücksichtigt.

Landshut braucht:

- attraktive Fußwege, z.B. von der Grieserwiese in die Innenstadt.
- eine allgemeine Entschleunigung und Verkehrsberuhigung: mehr Zebrastreifen, Kreisverkehre, verkehrsberuhigte Bereiche und fußgängerfreundliche Ampeln.
- einen Ausbau sicherer Querungen, speziell für Schüler und Schülerinnen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität.
- eine Erweiterung der Fußgängerzone im Bereich der Gassen zwischen Altstadt und Neustadt sowie am Postplatz und Bischofsailer-Platz.
- eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Neustadt. Im Zuge der 2015 anstehenden Bauarbeiten soll mehr Raum für Fußgänger geschaffen werden.

Radfahren: Die gesunde und schnelle Alternative

Radfahren macht Spaß, hält fit und ist gerade für kurze Wege eine ernstzunehmende Alternative zum Pkw, dies aber nur, wenn die Voraussetzungen stimmen. Hier sehen wir hohes Verbesserungspotential, sowohl beim bestehenden

Radwegenetz als auch durch die Einrichtung neuer Radrouten und Serviceangebote.

Wir Landshuter Grüne wollen:

- einen weiteren Ausbau und eine attraktivere Gestaltung des Radroutennetzes. Hierzu gehört nicht unbedingt der Bau weiterer Radwege an viel befahrenen Straßen, denn diese sind weder attraktiv noch sicher. Wir setzen vielmehr auf eigenständige Radrouten im Grünen (Isar und Stadtpark) einerseits und auf Mischverkehr auf verkehrsberuhigten Straßen andererseits. Wir wollen daher die Papierer-/Nikolastraße als Fahrradstraße ausweisen.
- Schwachstellen im Radroutennetz beseitigen. Lücken sollen geschlossen werden (z.B. Leinfelderstraße/Seligenthalerstraße/Schillerstraße) und sicherheitskritische Routen verlagert werden. So wäre etwa zwischen Achdorfer Isarsteg und Dult eine Radroute an der Isar entlang besser geeignet als der unsichere gemeinsame Rad-/Fußweg an der Wittstraße.
- Verkehrsregelungen sind praktikabel zu gestalten. Wir brauchen z.B. mehr kombinierte Fuß- und Radfahrerampeln, damit Radfahrerinnen und Radfahrer nicht an den meisten Ampeln absteigen müssen.
- eine bessere Beschilderung der Radwege z.B. auf der Route Altstadt-Achdorf-Hofberg.
- die Fortschreibung des Radl-Stadtplans.
- Radwege zu Schulen als Standard. In der Umgebung von Schulen sollen verkehrssichere Zonen geschaffen werden.
- einen Ausbau von Aufstellflächen (Wartebereiche für Radfahrer vor der Haltelinie an Kreuzungen) und Angebotsstreifen (mit

unterbrochener Markierung abgetrennte Schutzstreifen für Radfahrer) auf den Fahrbahnen.

- dort, wo entsprechende Verkehrsverhältnisse vorliegen oder angestrebt werden, eine Bevorzugung von Radfahrern und Fußgängern gegenüber dem Pkw, z.B. durch Doppel-Zebrastrifen (vgl. Pilotprojekt Göttingen) oder Ampeln mit Radfahrer/Fußgänger-Vorrang.
- sichere, nutzerfreundliche und v.a. genügend Abstellanlagen bzw. Radlstände (auch in der Altstadt).
- den Service verbessern, dazu gehört ein garantierter Winterdienst auf den Haupttrouten und ein Scherbentelefon.
- die Öffentlichkeitsarbeit verbessern, wie z.B. durch den Fahrradaktionstag.
- Polizeistreifen mit Fahrrädern ausstatten, um ihre Mobilität zu erhöhen und „Kommunikation auf Augenhöhe“ zu ermöglichen.
- eine(n) Fahrradbeauftragte(n) als Ansprechpartner(in) für Bürgerinnen und Bürger.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV): Rückgrat der Mobilität

Die Situation beim ÖPNV ist dramatisch: Wird er bislang doch immer mehr nur als Kostenfaktor gesehen statt als Daseinsvorsorge für eine große Zahl von Menschen. Dies wollen wir ändern. Anstatt Buslinien aus Kostengründen immer mehr auszulassen setzen wir auf ein breit verfügbares, attraktives und vielfältig mit anderen Verkehrsmitteln vernetztes ÖPNV-Angebot.

Wir Grüne wollen:

- einen Landshuter Verkehrsverbund: Hier ist die Zusammenarbeit Stadt-Landkreis gefragt, um einen Zusammenschluss regionaler ÖPNV-Angebote mit einheitlichen abgestimmten Strukturen, Linien, Fahrplänen und Tarifen (eventuell auch mit P&R) auf den Weg zu bringen.
- die Attraktivität des ÖPNV erhöhen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für seine breite Nutzung. Wir wollen eine bessere Taktung (standardmäßig 20-Min-Takt, 10-Min-Takt auf Haupt- bzw. P&R-Linien), eine Anpassung der Fahrpläne (z.B. Zugfahrzeiten oder Geschäftszeiten am Samstag), bessere Wartebereiche und Anzeigen (vor allem an der Bushaltestelle Ländtor) sowie durchge-

B15neu und die Landshuter Ost-Umfahrung

Einen Weiterbau der B15neu über Essenbach hinaus lehnen wir Grüne ab, da dies nicht nur mit sehr hohen Kosten und Eingriffen in die Natur verbunden wäre, sondern auch den bestehenden Brennpunkt Konrad-Adenauer-Straße nicht entlasten kann. Denn der dortige Verkehr besteht überwiegend nicht aus überregionalem Durchgangsverkehr. Stattdessen soll diese Verkehrsbelastung durch eine zweispurige Ostumfahrung in Bundesbaulast reduziert werden. Die aufgrund der B15neu erwartete Zunahme des überregionalen Durchgangsverkehrs soll durch Ableitung über A92 und Flughafentangente zur A94 entschärft werden.

hend behindertengerechte Busse und Haltestellen.

- das Landshuter Stadtbuskonzept grundsätzlich neu überdenken. Linienführung, Anbindung der Stadtviertel und Taktung gehören auf den Prüfstand. Umsteigebeziehungen sind auf ein Mindestmaß zu beschränken, die Hauptknotenpunkte sind von allen Linien direkt anzufahren.
- neue Buslinien etablieren: ein Ringbus im Zentrum zur Verbindung von Grieserwiese, Altstadt/Neustadt und CCL sowie einen Pendelbus zur Burg.
- im Umland Rufbusse bzw. Anrufsammeltaxis einsetzen.
- Expresslinien mit nur wenigen Haltepunkten ausbauen bzw. neu einrichten. Insbesondere soll die Linie 1 bis zur Autobahn verlängert werden und bei der Linie 3 die Anbindung an die Hochschule verbessert sowie Park&Ride am Messegelände etabliert werden. Auf der Linie 6 soll die Direktverbindung Industriegebiet-Hochschule ausgebaut werden.
- eine flexiblere Tarifstruktur. Zeitkarten müssen deutlich günstiger sein als Einzelfahrten. Wir wollen vom Arbeitgeber bezuschusste Jobtickets und Kombiangebote für Stadtwerke-Kunden deutlich ausbauen. Ferner unterstützen wir die Forderung der bayerischen Grünen nach einem landesweit kostenfreien ÖPNV für Kinder und Jugendliche.

Motorisierter Individualverkehr: Effiziente Nutzung

Die vernünftige Lenkung des motorisierten Individualverkehrs verbessert nicht nur die Lebensqualität aller, sondern reduziert auch Stau

und Frust für die Autofahrer und Autofahrerinnen.

Wir wollen:

- ein Park&Ride-System, zunächst mit einem Pilotprojekt am Messegelände
- die Parkraumbewirtschaftung ausweiten. Statt der bisherigen städtischen Subventionierung brauchen wir ein angemessenes Gebührensystem für Parkraum nicht nur im Zentrum, sondern auch in anderen Bereichen mit hohem Parkdruck wie beispielsweise in der Freyung, dem Niedermayer- und Nikolaviertel (Berufsschule) oder rund um den Bahnhof.
- die Erlöse der Parkraumbewirtschaftung in den Ausbau des Umweltverbunds (ÖPNV und Radverkehr) investieren.
- eine effiziente Parkraumnutzung. Das Parkleitsystem soll verbessert werden.
- mehr Verkehrskontrollen, damit bestehende Beschränkungen endlich eingehalten werden. Insbesondere geht es dabei um die Durchfahrtsberechtigung in der Fußgängerzone Altstadt, die nur für Anwohnerinnen und Anwohner gestattete Durchfahrt Nahensteig/Balsgäßchen, die Einbahnstraßenregelung in der Ländgasse und das absolute Halteverbot an der Domfreiheit.
- eine ökonomische Nutzung des Pkw, beispielsweise über eine kommunale Mitfahrgelegenheit und Carsharing.

Bahnverkehr: Auch kommunal von Bedeutung

Leistungsfähige Zugverbindungen sind nicht nur für entfernte Ziele, sondern auch für die Anbindung des Umlands bedeutsam. Hierbei soll

neben einem Ausbau des Bahnangebots vor allem auch die gute Vernetzung von Bahn mit ÖPNV und Fahrrad erreicht werden.

Wir wollen

- die Wiederbelebung stillgelegter kleiner Bahnhöfe, z.B. in Ergolding, Mirskofen, Altdorf, Pfettrach und Kumhausen.
- eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung der bestehenden Bahnstrecken für den Nahverkehr, etwa durch eine S-Bahn-Linie Kumhausen-Hauptbahnhof-Ergolding, oder die Südostbayernbahn.
- uns dafür einsetzen, dass eine finanzierbare Anbindung Landshuts an den Münchner Verkehrsverbund ermöglicht wird.
- dass eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bahn und Stadt möglich wird, z.B. bei Regionalbuslinien.
- einen barrierefreien Bahnhof.
- mehr sichere Abstellanlagen und ein Fahrradparkhaus am Bahnhof.
- bessere Nahversorgung am Bahnhof (z.B. Lebensmittelmarkt).

KLIMASCHUTZ und ENERGIE: Energiewende vorantreiben

Unser Ziel ist das klimafreundliche Landshut - eine Stadt, die sich ausschließlich mit erneuerbaren Energien versorgt. Eine Stadt, in der die Menschen ohne Angst vor unkalkulierbaren Risiken durch die Atomenergie leben können. Eine Stadt, in der die Häuser gut gedämmt sind, allen voran die städtischen Gebäude, in der der ÖPNV gut ausgebaut und das Radfahren und Zu-Fuß-Gehen attraktiv ist. Das schafft gutes Klima und bessere Lebensqualität. Diese Vision wird nicht in den nächsten sechs Jahren Wirklichkeit werden. Dennoch gilt es, heute die Weichen richtig zu stellen.

Klimaschutz - eine zentrale Aufgabe der Kommune

Der Klimawandel ist spürbar und verändert unsere Lebensgrundlagen. Die Häufigkeit von Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Stürme und Überschwemmungen haben in den letzten Jahren zugenommen. Das Hochwasser vom Juni 2013 hat auch Landshut massiv getroffen. Deshalb müssen wir unseren Hochwasserschutz weiter ausbauen, die Flächenversiegelung stoppen und die Auwälder schützen. In Überschwemmungsgebieten darf weder eine weitere Bebauung noch intensiver Ackerbau zugelassen werden.

Eine grüne Stadt heizt sich weniger schnell auf als eine Beton- und Asphaltwüste. Um auch in fünfzig Jahren noch ein angenehmes Stadtklima zu haben, müssen wir Landshut flächendeckend begrünen. Grüngürtel und Kaltluftschneisen dürfen nicht weiter der Bebauung zum Opfer fallen, wie dies in den vergangenen Jahren leider allzu oft passiert ist, etwa in der Haydn- und der Kellerstraße.

Bei der konkreten Umsetzung der Klimaschutzziele sind Städte und Gemeinden bedeutende

Akteure. Das Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Landshut stellt einen wichtigen Bestandteil kommunaler Zukunftsplanung dar. Es handelt sich bisher allerdings nur um ein Teilkonzept, das den Bereich Verkehr ausspart und damit zu kurz greift. Wer Klimaschutz ernst nimmt, kann den Verkehr nicht ignorieren.

Wir Grüne wollen, dass Landshut eine energieautarke und emissionsarme Stadt wird. Deshalb werden wir uns dafür stark machen, dass das Klimaschutzkonzept zügig umgesetzt und fortgeschrieben wird.

Landshut muss sich ehrgeizige und notwendige Klimaschutzziele setzen: Wir brauchen ein CO₂-Minderungsprogramm, das auch das Thema Mobilität einschließt. Wie die CO₂-Bilanz zeigt, liegt die CO₂-Emission pro Kopf in Landshut mit ca. 10,5 t pro Einwohner weit über dem Landesdurchschnitt von ca. 7 t pro Einwohner. (Quelle: Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Landshut, Abschlussbericht, November 2010, S. 41) Wir streben bis 2025 eine Reduktion dieses Werts um 50% an.

Wir Grüne wollen:

- eine strategische Weiterentwicklung der städtischen Klimaschutzpolitik: Die Erfassung und Auswertung des Gesamtenergieverbrauchs der Stadt Landshut sowie der CO₂-Emissionen sollen fortgeführt und dem Stadtrat als jährlicher Energiebericht vorgelegt werden.
- ein Reduktionsziel der CO₂-Emissionen bis 2025 um 50%.
- die Erweiterung des Energieforums um die Arbeitsgruppen „Klimaschutz und Klimaanpassung“ und „Verkehr“.
- einen Verkehrsentwicklungsplan, der sich klar mit der Zielsetzung Klimaschutz auseinandersetzt.

- den Ausbau des ÖPNV, die Förderung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements und die Reduzierung des Schadstoffausstoßes beim städtischen Fuhrpark.
- parallel zu jedem städtischen Haushalt ein „Maßnahmenpaket Klimaschutz“, das dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.
- einen Teil der Konzessionsabgaben, die von den Stadtwerken Landshut an die Stadt fließen, zweckgebunden für zusätzliche städtische Klimaschutzvorhaben einsetzen. Dies wäre ein deutliches Signal, das dem kommunalen Klimaschutz nachhaltige Impulse bringen wird. Die Konzessionsabgaben liegen derzeit bei rund 3,6 Mio Euro.

Energiewende vorantreiben

Die Grüne Energiewende baut auf die drei Prinzipien „Energieeinsparung“, „effiziente Energienutzung“ und „Einsatz erneuerbarer Energien“. Wir wollen weg von fossiler und nuklearer und hin zu 100% erneuerbarer Energie. Wind, Wasser, Sonne und Geothermie sind gut für die Rendite und fürs Klima. Die Wertschöpfung bleibt in der Region und die Preise auf Dauer stabil.

Eine aktuelle repräsentative Umfrage der Stadtwerke Landshut zeigt, wie wichtig es den Landshuterinnen und Landshutern ist, dass ihre Energie aus regenerativen Quellen (80%) und vor Ort (76%) erzeugt wird. Das sehen wir Grünen als Auftrag für eine schnelle Umsetzung der Energiewende in Landshut.

Mit dem Ja zur Windkraftanlage Weihbüchl, dem Umbau der Müllverbrennungsanlage in ein Biomasseheizkraftwerk und dem Einstieg in die Fernwärme hat Landshut in den letzten Jahren große Schritte nach vorne gemacht. Das beschlossene Ziel, bis 2037 energieautark zu sein, ist ein großer Erfolg grüner Energiepolitik. Ohne größeres Engagement beim Umstieg auf erneuerbare

erbare Energien wird Landshut dieses Ziel aber nicht erreichen. Landshut braucht dazu einen Energiefahrplan mit entsprechenden Zielvorgaben bei der Minderung des Stromverbrauchs und dem Einsatz regenerativer Energien sowie eine Sanierungsquote.

In der öffentlichen Debatte zur Energiepolitik geht es meist um die Stromversorgung. Unter Klimagesichtspunkten ist der Wärmebereich jedoch viel wichtiger. Die meiste Wärmeenergie kann bei alten Gebäuden eingespart werden. Hier wird bei vielen Häusern - auch bei vielen städtischen Gebäuden - sprichwörtlich noch immer zum Fenster hinausgeheizt. Bis zu 60% an Heizenergie lässt sich durch eine grundlegende Sanierung der Gebäude einsparen. Bei der Grundschule Carl-Orff wären dies zum Beispiel dreihundert MWh/Jahr.

Der bauliche und energetische Sanierungsstau bei stadteigenen Liegenschaften ist beträchtlich. Trotz der angespannten Haushaltslage muss es in den kommenden Jahren gelingen, das Sanierungstempo zu beschleunigen. Notfalls muss sich die Stadt dafür das Geld in Form von Bürgerfonds von ihren Bürgerinnen und Bürgern leihen oder über Contracting-Modelle nachdenken. Bei der Bauleitplanung müssen wir Klimaschutzziele jedenfalls von Anfang an mitdenken.

Um das zu erreichen, wollen wir Landshuter Grüne

- erneuerbare Energien durch einen Energiemix von Solarenergie, Windkraft und Geothermie vor Ort konsequent ausschöpfen.
- den Energieverbrauch senken und die Energieeffizienz steigern.
- die energetische Sanierung städtischer Liegenschaften beschleunigen und Häuser konsequent für solarthermische Nutzung ausrichten.

- Bürgerfonds zur Finanzierung von Energie- und Klimaschutzmaßnahmen auflegen.
- bei der Aufstellung von Bebauungsplänen Energiekonzepte (Versorgungsleitungen und Energienutzung) frühzeitig einplanen.
- Vorranggebiete für Fernwärme in Neubaugebieten schaffen. Hierbei soll ein Anschlusszwang gelten.
- Höhere Energiestandards bei Neubauten bzw. Generalsanierungen, vordringlich im Schulbereich durchsetzen. Die Pläne der Verwaltung, aus Spargründen nur noch Mindeststandards anzuwenden, lehnen wir entschieden ab. Mit uns Grünen ist dieser Rückschritt nicht zu machen. Das Geld ist gut angelegt.
- Kontrollierte Raumlüftung bei „nahe Passivhaus-Standard“ zwingend vorschreiben. Die Raumlufmessungen an der Grundschule Carl-Orff sprechen für sich.
- baubiologische Kriterien bei der Wärmedämmung festschreiben.
- städtische Liegenschaften mit dem zertifizierten Ökostrom (Ökomax) der Stadtwerke versorgen. Die Stadt Landshut bezieht ab 2014 zunächst für zwei Jahre Ökostrom für die städtischen Liegenschaften und die Straßenbeleuchtung. Das begrüßen wir Grüne sehr. Unsere Forderung geht jedoch weiter: Wir wollen den dauerhaften Umstieg auf zertifizierten Ökostrom.
- eine zügige Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente Leuchtmittel, auch um die Stromkosten für die Straßenbeleuchtung von derzeit rund 700.000 Euro deutlich zu senken.

Die Energiewende hat in der Gesellschaft eine große Dynamik ausgelöst. Energieversorgung wird nun endlich wieder als ein wesentlicher Teil der Kommunalpolitik verstanden; Bürgergenossenschaften entstehen. Auf dieses Engagement vor Ort wollen wir aufbauen und es weiterhin stärken.

Energiewende mit den Stadtwerken

Die Stadtwerke Landshut spielen eine zentrale Rolle bei der Energieversorgung. Sie sind der wichtigste regionale Energieerzeuger. Sie befinden sich zu hundert Prozent in kommunaler Hand. Hier können wir also den Kurs mitbestimmen. Wir Grüne machen uns dafür stark, dass die Daseinsvorsorge den Energiemarkt bestimmt. Kommunale Stadtwerke betreiben Daseinsvorsorge, und die Gewinne aus der Energieversorgung kommen wieder der Allgemeinheit zugute.

Unser Ziel ist es, den Eigenenergieanteil der Werke systematisch zu erhöhen. Das heißt, dass die Stadtwerke weniger Strom zukaufen und aus erneuerbaren Energiequellen und mit umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung mehr eigenen Strom erzeugen.

Wir wollen

- das Energie-Contracting der Stadtwerke zügig voranbringen.
- intelligente Netze mit Smartmetering/Smartgrid aufbauen.
- neben dem bereits vorhandenen zertifizierten Ökostromangebot (Ökomax) auch ein entsprechendes Ökogasangebot schaffen. Dabei muss das Biogas nachweisbar nicht aus Maismonokulturen erzeugt werden.
- aufsuchende Energieeinsparberatung ausbauen, um gezielt auch die Energieeffizienz in Gewerbebetrieben zu erhöhen.

- einen Stromspar-Check. Einkommensschwache Haushalte sollen durch Stromsparberatung und Austausch energieeffizienter Geräte beim Stromsparen unterstützt werden. Hier sollten die Stadtwerke mit Mini-Contracting helfen. Die Rückzahlung des Zuschusses finanziert sich aus den eingesparten Energiekosten.
- Stromsparen belohnen. Der Vorschlag der Agenda, das Stromsparen unter den Stadtwerkekundinnen und -kunden mit einem Rabattsystem zu belohnen, unterstützen wir nachdrücklich.

Energiewende in Bürgerhand

Wir Grüne stehen für eine dezentrale Energiewende und setzen uns ein für Energieerzeugung in Bürgerhand. Wir wollen die Energiewende zu einer „Bürgerenergiewende“ machen. Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger können so gemeinsam Garanten einer nachhaltigen Energieversorgung werden.

Die Bürgerenergiegenossenschaften in der Region wollen wir u.a. durch eine vergünstigte Verpachtung städtischer Dachflächen unterstützen, statt die Flächen unnötig meistbietend auszuschreiben, wie dies in der Vergangenheit passiert ist.

Zur Bürgerbeteiligung gehört auch das persönliche und finanzielle Engagement beim Bau eines neuen Windrads oder gemeinsamer Projekte mit den Stadtwerken. Bürgerinnen und Bürger werden so zu Investorinnen und Investoren in eigener Sache und gestalten die Energiewende aktiv mit. Wir werden die Landshuterinnen und Landshuter frühzeitig in die Planungen sowie in die Entwicklung eines lokalen Energiefahrplans einbeziehen. Wir begrüßen es, wenn sie ihre Ideen zur Energiewende einbringen - z.B. über die Agenda 21 Arbeitsgruppe Energie. Wir Grüne setzen uns deshalb dafür ein, die dezentrale Energiewende mit den Bürgern und Bürgerinnen

zu stärken und mehr Bürgerbeteiligung bei Planungen und Investitionen zu erreichen.

Potential der Kraft-Wärme-Kopplung nutzen

Effiziente Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung produzieren Strom und nutzen zusätzlich die dabei entstehende Abwärme. Dadurch kann der Wirkungsgrad der Kraftwerke deutlich gesteigert werden. Diese ausgereifte, intelligente Technik führt leider noch ein Schattendasein. Bis zum kompletten Umstieg auf erneuerbare Energien kann der fossile Energieträger Erdgas mit Kraftwärmekopplung (KWK) am effektivsten genutzt werden. Da in Landshut bereits ein sehr gut ausgebautes Erdgasnetz vorhanden ist, sollte dieses durch den verstärkten Einsatz von erdgasbetriebenen BHKWs noch effizienter genutzt werden. Dadurch könnte die regionale Stromerzeugung deutlich gesteigert werden.

Die Zielvorstellung der Bundesregierung von einem 25%-Anteil KWK an der Stromerzeugung ist in Landshut noch lange nicht erreicht. Es ist jedoch darauf zu achten, dass durch einen KWK-Ausbau keine solarthermischen Nutzungsmöglichkeiten verdrängt werden.

Mit Hilfe ordnungspolitischer Maßnahmen wollen wir dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung zu einem deutlichen Schub verhelfen. Wir setzen dabei insbesondere auf eine enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken. In diesem Rahmen könnte auch der Einsatz von Contracting-Modellen durch die Stadtwerke ausgebaut werden.

Wir wollen:

eine verstärkte Nutzung von KWK im alten Gebäudebestand und für verdichtete Bebauung.

Blockheizkraftwerke (BHKW) in öffentlichen Gebäuden und Schulen.

Energie-Contracting beim BHKW-Einsatz über die Stadtwerke Landshut.

bessere Informations- und Anreizsysteme für die Nachrüstung von KWK-Anlagen im Wohnungsbau, Gewerbe und in der Industrie.

Die Gefahren der Atomkraft sind nicht gebannt

Mit der Stilllegung des Atomkraftwerks Isar I und sieben weiteren alten Atomkraftwerken ist das Risiko in Deutschland zwar geringer geworden, aber noch lange nicht gebannt. Vor allem die Lagerung abgebrannter Brennstäbe im Abklingbecken des Atomkraftwerkes Isar I birgt hohe Gefahren, da Isar I gegen Flugzeugabstürze nur ungenügend gesichert ist. Zur Zeit lagern mehr Brennstäbe im Abklingbecken als aus technischen Gründen notwendig, da nicht genügend Castoren zur Verfügung stehen. Das darf nicht so bleiben. Wir Grüne wollen maximale Sicherheit für die Bevölkerung. Wir fordern neue Sicherheitsstandards und die Nachrüstung der restlichen Reaktoren. Auf Bundesebene setzen wir Grüne uns für eine zügige, transparente und ergebnisoffene Endlagersuche ein. Die Zwischenlager dürfen nicht zu heimlichen Endlagern werden.

NATUR- und UMWELTSCHUTZ: unsere Lebensgrundlagen sichern

„Was ist ein Baum wert? Was ist der Auwald wert? Das waren und sind die aufregenden Fragen der jüngsten Landshuter Kommunalpolitik. Für manche ist das Tal Josaphat nur ungenutztes Bauland. Für uns Grüne ist es ein Schatz, der uns zur Bewahrung anvertraut ist. Grünflächen in der Stadt und intakte Naherholungsgebiete steigern die Lebensqualität in Landshut. Sie verbessern das Wohnumfeld und machen aus Städten Orte, in denen die Menschen sich beheimatet fühlen. Der Schutz der natürlichen Grundlagen muss als Leitfaden in alle Entscheidungen der Kommunalpolitik hineinwirken. Die herrschende Politik im Rathaus fährt allerdings den entgegengesetzten Kurs. Sie hätte am liebsten den Auwald und das Tal Josaphat geopfert - dank engagierter Bürgerinnen und Bürger konnte dies verhindert werden. Aber auch viele kleine Entscheidungen der Politik haben Natur geopfert: auf dem Kolping-Areal, in der Kellerstraße, in der Haydnstraße oder in der Wernstorferstraße.

„Grün schafft Luft zum Atmen“

Der Klimawandel stellt Landshut, wie alle Städte vor neue Herausforderungen im Sinne vorsorgender Politik. Biologische Vielfalt, Artenreichtum und naturnahe Erholung dürfen ökonomischen Interessen nicht untergeordnet werden. Durch zahlreiche Grünflächen und Bäume in der Stadt wird der Temperaturanstieg gedrosselt. Kaltluftschneisen müssen erhalten bleiben. Durch Begrünung von Straßenzügen, Hinterhöfen und Fassaden wird das Stadtklima entschieden verbessert. Einzelne Grünflächen und Parks wollen wir zu einem grünen Netz verbinden.

Der Baumschutzverordnung muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Das gilt auch für den Erhalt von Bäumen auf städtischem Grund. Bei der Erstellung von Bebauungsplänen muss auch auf die Be- und Entlüftung der Stadt geachtet werden, damit Kaltluftschneisen anders als in der Haydn- und Kellerstraße erhalten bleiben.

Artenvielfalt in der Stadt

Die Stadt Landshut hat im Oktober 2008 als erste Stadt in Deutschland eine lokale Biodiversitätsstrategie beschlossen und erstellt. Landshut ist Gründungsmitglied des Bündnisses „Kommunen für biologische Vielfalt“ und hat auch die entsprechende Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ unterzeichnet.

Mit einer Vielzahl von engagierten und kompetenten Mitstreiterinnen und Mitstreitern in und außerhalb der Verwaltung konnten mehrere Projekte begonnen und teilweise bereits umgesetzt werden (z.B. Fischtreppe, Naturschutzgebiet ehemaliger Standortübungsplatz, Amphibienübergänge etc.).

Zunehmend bedroht die moderne Landwirtschaft mit ihrem intensiven Einsatz von Gülle und Spritzmittel viele Tier- und Pflanzenarten. Das Bienensterben ist hierfür ein mahnendes Beispiel. So werden Städte zum Rückzugsgebiet vieler Tierarten. Aufgrund der Nachverdichtung ist die Vielfalt jedoch bedroht. Bei der Grünflächenplanung müssen ökologische Gesichtspunkte deshalb stärker berücksichtigt werden, um die Lebensraumvielfalt zu erhalten. Neben Rasenflächen sollte es z.B. im Stadtpark auch naturnahe Wiesen geben. Die Aussaat von Trachtpflanzen bietet Wildbienen, Honigbienen und Schmetterlingen Nahrung und gestaltet blühende Flächen, wo sich Menschen, Pflanzen und Tiere wohlfühlen. Hecken und Gehölze sollten aus heimischen Arten bestehen. Wo Totholz die Verkehrssicherheit nicht gefährdet, ist es dem natürlichen Verfall zu überlassen (z.B. Kasernenberg nach Sturmtief Emma).

Flächenverbrauch stoppen – Vielfalt erhalten

In den nächsten Jahren wird die Bevölkerung in Stadt und Landkreis Landshut moderat wachsen. Damit steigt der Bedarf an Wohnraum. Um den Flächenverbrauch zu stoppen und die Ortskerne zu stärken, hat die Nachverdichtung in den bestehenden Stadtvierteln und Bau- und Gewerbegebieten Vorrang. Diese Nachverdichtung sollte mit Augenmaß geschehen. Nicht jede Brachfläche muss überbaut oder versiegelt werden. Grünzüge, Pufferzonen und urbane Brachflächen mit Jahrzehnte altem Baumbestand verbessern das Wohnumfeld, bieten Raum für Erholung und erhalten die Artenvielfalt.

Stadtnahe Erholungsgebiete insbesondere die Isarauen, das Tal Josaphat und das Salzdorfer Tal müssen als Ganzes erhalten bleiben und dürfen nicht weiter durch Bebauung oder Infrastrukturmaßnahmen beschädigt werden, wenn sie ihren erholungs- und naturschutzwert behalten sollen.

Tal Josaphat - ein einzigartiges Naturkleinod

Einen riesigen Erfolg für den Naturschutz konnten die Landshuter im Jahr 2012 erringen. Durch das große Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger ist es gelungen, die beabsichtigte weitere Bebauung des Tal Josaphat zu verhindern. Die Unterschutzstellung wurde auf Antrag der Grünen nun endlich eingeleitet. Diesen Schritt beim Salzdorfer Tal ebenso zu gehen, ist dringend notwendig.

Schutz des Trinkwassers

Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Der Schutz des Trinkwassers muss absolute Priorität genießen. Landshut braucht auch weiterhin die konsequente Einhaltung des Bauverbots in Wasserschutzgebieten, um die Qualität des

Trinkwassers zu erhalten. Die größte Bedrohung für unser Trinkwasser stellt aber die moderne Massentierhaltung dar. So soll an der Stadtgrenze in Aign, ein neuer großer Schweinestall entstehen. Gegen dieses Projekt muss sich die Stadt mit allen rechtlichen und politischen Mitteln zur Wehr setzen. Nach Aussage des Fachgutachtens ist das geplante Trinkwasserschutzgebiet der Stadt Landshut konkret und unmittelbar bedroht. Selbst bei normaler Gülleausbringung nach den gesetzlichen Normen würden sich über die Jahre und Jahrzehnte hohe Nitratdosen im Landshuter Trinkwasser anreichern. Das kann niemand wollen.

Wasserqualität der Isar verbessern

Die Wasserqualität der Isar ist wie bei allen Fließgewässern stark schwankend, je nach Witterung und Niederschlägen. Für erhöhte Keimbelastung sind vor allem die Zuflüsse Amper und Glonn im Landkreis Freising verantwortlich, deren Einzugsgebiete überwiegend aus Ackerflächen bestehen, die bis zum Ufer bewirtschaftet werden. In allen deutschen Bundesländern werden die Gewässer durch Randstreifen geschützt, nur in Bayern nicht. Das wollen wir Grüne auf Landesebene ändern. Außerdem werden wir uns für eine konsequente Umsetzung der Gewässerentwicklungskonzepte einsetzen.

Trotz dieses Problems halten wir jedoch das derzeitige Badeverbot der Stadt für unverhältnismäßig und daher rechtswidrig. Viele Landshuterinnen und Landshuter nutzen beispielsweise den Isarstrand an der Mühleninsel und gehen dabei auch in den Fluss. Sie tun dies natürlich auf eigene Gefahr und so sollte auch die Beschilderung der Stadt lauten.

Lärmschutz

Lärm macht krank, senkt die Lebensqualität und auch die Grundstückswerte. Wir dürfen uns daher mit dem Lärm der Stadt nicht abfinden. Der

Lärmaktionsplan für die Straßen mit mindestens 15.000 Kfz/Tag sowie speziell für die Veldenerstraße ist ein erster Schritt bei der Lärmbekämpfung, aber nicht mehr. Wir brauchen eine echte Mobilitätswende, um den vornehmlich durch motorisierte Fahrzeuge verursachten Lärm zu reduzieren (s. Kap. Verkehr; S. 17). Hierzu gehören Geschwindigkeitsbegrenzungen (z.B. Veldenerstraße), Tempo-30-Zonen, Ausbau des ÖPNV, Förderung des Radverkehrs (Fahrradfreundliche Kommune), und Schallschutzwände und -fenster (Konrad-Adenauer-Straße). Dadurch wird nicht nur der Straßenlärm dauerhaft reduziert und das bestehende Lärmschutzkonzept umgesetzt, sondern auch ein Beitrag zum globalen Klimaschutz geleistet.

Abfallwirtschaft

Durch die getrennte Erfassung von Wertstoffen funktioniert die Kreislaufwirtschaft Landshut relativ gut. Aus Unwissenheit oder Unachtsamkeit landen jedoch immer noch zu viele Wertstoffe in der Restmülltonne. Um hier entgegenzuwirken, wäre eine Informationskampagne der Stadt sinnvoll. Auch unterstützen wir Grüne die Initiative der Verwaltung, Elektrokleingeräte in eigenen Containern zu sammeln, um damit Wertstoffe aus dem Müll herauszuholen. Wertstoffe, die sich in der Müllverbrennung in Giftstoffe verwandeln. Dies kann durch eine gezielte Abfallberatung und Informationskampagnen der Stadt verbessert werden.

Auch bei den Grünabfällen sind wir auf einem guten Weg. Das holzhaltige Grüngut kann im Biomasseheizkraftwerk mit hoher Energieausnutzung verbrannt werden. Die Verwertung von nassen Grünabfällen darf sich auch weiterhin nicht in einer bloßen Kompostierung erschöpfen. Wir Grüne wünschen uns hier zusätzlich die Gewinnung von Biogas in einer städtischen Anlage.

Der beste Müll aber ist derjenige, der gar nicht erst entsteht. Wir fordern daher eine konsequen-

te Abfallvermeidung durch den Einsatz von Pfandgeschirr auf Messen und Märkten.

Hochwasserschutz

Der Klimawandel ist längst Realität geworden. Das hat das Hochwasser im Frühjahr 2013 deutlich gezeigt. Die Überschwemmungen ganzer Straßenzüge durch gestiegenes Grundwasser sind in diesem Ausmaß neu. Sogenannte „Jahrhunderthochwasser“ werden auch in Zukunft wiederholt und in immer kürzeren Abständen auftreten. Landshut muss verstärkte Anstrengungen unternehmen, um die Bürgerinnen und Bürger vor Hochwasserschäden durch Fluss und Grundwasser zu schützen. Neben dem technischen Hochwasserschutz, wie der Wartung und Verbesserung bestehender Dämme, ist die Möglichkeit weiterer Retentionsflächen zu prüfen. Die Hochwasserfreilegung muss beendet, eine Rückverlegung der Deiche geprüft werden. Die Versiegelung von Flächen ist auf ein Mindestmaß zurückzuführen und wo möglich, zu beseitigen. Zudem müssen bei allen zukünftigen größeren Baumaßnahmen die Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel im Normalfall, wie auch bei extremen Hochwasserständen von Isar und Flutmulde geprüft werden (z.B. Tiefgarage Neustadt). Die Änderungen des Grundwasserspiegels muss im Stadtgebiet an einigen ausgesuchten Stellen langfristig gemessen und beobachtet werden. Bei der Ausweisung von Baugebieten ist die mögliche Gefährdung durch Hochwasser zu berücksichtigen. Die Stadt sollte die Bewohnerinnen und Bewohner in den gefährdeten Gebieten über mögliche Eigeninitiativen zur Schadensvermeidung informieren (z.B. Sicherung von Öltanks oder Alternativen zur Ölheizung).

Verbraucherschutz

Die negativen Auswirkungen der zunehmend industriell produzierenden Landwirtschaft sind weitgehend bekannt. Sie verursachen gravie-

rende Umweltschäden und massives Tierleid. Unter dem Aspekt der vielen Lebensmittelskandale unterstreichen wir unsere Forderung nach gesunden, möglichst regional und biologisch erzeugten, gentechnikfreien Lebensmitteln in allen städtischen Einrichtungen, so wie es im Kinderkrankenhaus seit einigen Jahren umgesetzt wird. Gerade in Schulen, Altenheimen und im Klinikum sollte nicht allein der Preis der Nahrungsmittel, sondern zuerst die Qualität eine Rolle spielen. Die Einrichtungen gewinnen dadurch auch ein zusätzliches Qualitätsmerkmal und erhöhen ihre Attraktivität. Auch auf Messen und Märkten sollten biologisch arbeitende, regionale Anbieter stärker vertreten sein.

Wir Landshuter Grüne setzen uns ein für

- die Priorität für den Naturschutz. Das Wissen um die Bedeutung der biologischen Vielfalt muss verbessert werden.
- einen höheren Stellenwert des Natur- und Umweltschutzes in der Stadtverwaltung. Wir fordern ein eigenständiges Amt mit angemessener Personalausstattung statt nur einen Fachbereich Umwelt- und Naturschutz.
- ein umfassendes Grünkonzept, das den Erhalt vielfältiger naturnaher Lebensräume im gesamten Stadtgebiet sichert. Wertvolle Kaltluftschneisen, Biotopverbünde, Pufferzonen, naturnahe Grünanlagen und Grünverbindungen müssen erhalten bzw. entwickelt und in der Bauleitplanung berücksichtigt werden.
- eine behutsame Nachverdichtung besonders im Nikolaviertel. Bei zukünftigen Planungen sind dringend mehr Grünflächen zu berücksichtigen.
- die ökologische Aufwertung öffentlicher Grünflächen; im Sinne der Biodiversitätsstrategie der Stadt.

- die Ausweisung der übrigen elf geplanten Landschaftsschutzgebiete und eines Naturschutzgebietes, z.B. Salzdorfer Tal, Frauenberg, Rosental, Metzental.
- die konsequente Anwendung der Baumschutzverordnung, größeres Augenmerk auf Pflegemaßnahmen gerade bei Bäumen im Straßenbereich und deren Erhalt; wo nötig sowie die Erneuerung vorhandener Alleen.
- die Bewirtschaftung kommunaler Äcker durch biologischen Landbau.
- ein Teilkonzept Verkehr im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes der Stadt.
- regional vermarktete Lebensmittel in städtischen Einrichtungen, z.B. in Kindergärten oder im Klinikum.

SOZIALES: Lebensqualität für alle

Wo Kinder sind, da ist Familie

Kinder sind unsere Zukunft und wo Kinder sind, da ist Familie. Wir wollen, dass sich Familien in unserer Stadt wohl fühlen. Deshalb wollen wir Landshut noch familienfreundlicher gestalten, damit Kinder glücklich und gesund aufwachsen können und es ihren Müttern und Vätern möglich ist, Familie und Berufsleben miteinander zu verbinden.

Hochwertige, flexible Betreuungsangebote für alle Kinder

Seit August 2013 gilt: Jedes Kind ab einem Jahr hat einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Landshut hat in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen unternommen beim Ausbau der Kindertagesstätten. Für rund 580 Kinder unter drei Jahren stehen mittlerweile Krippenplätze und Tagespflegeplätze zur Verfügung. Damit ist Landshut dem angestrebten Ausbauziel von 37% recht nah.

Anders sieht es im Kindergartenbereich aus: Es fehlen nach wie vor rund hundert Plätze für eine Vollversorgung. In manchen Stadtteilen besteht ein eklatanter Mangel an Kindergartenplätzen, etwa im Stadtteil Peter und Paul - hier ist der Moniberg völlig unversorgt - aber auch im Stadtteil Wolfgang und dem Industriegebiet.

Wir Grünen werden uns für einen zielstrebig weiteren Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder einsetzen. Das gilt auch für den Bereich Schule, wo wir dringend mehr Ganztagsangebote und Betreuungsmöglichkeiten in den Ferien brauchen.

Wir Landshuter Grüne setzen uns ein für:

- Kindergartenplätze für alle! Schnellstmöglicher Ausbau der Kiga-Plätze, um in allen Stadtteilen ein ausreichendes Angebot vorzuhalten. Dabei setzen wir aufgrund der Zeit- und Kostenersparnis insbesondere auf die Einrichtung von weiteren Waldkindergärten oder Naturgruppen.
- eine Förderung kinderreicher Familien bei den Gebühren für die städtischen Kindertagesstätten und eine einkommensbezogene Staffelung der Elternentgelte.
- Inklusion: Wir wollen Inklusion mit dem nötigen Fachpersonal im Kita-Alltag umsetzen
- Ferienbetreuung an den Grundschulen, um berufstätigen Eltern und alleinerziehenden Berufstätigen die oft schwierig zu organisierende Kinderbetreuung in den Ferienzeiten zu erleichtern.
- den weiteren Ausbau der gebundenen Ganztagschule insbesondere an den Grundschulen. Neben der Grundschule Nikola ist derzeit nur noch an der GS Konradin in Auloh eine Ganztagsklasse geplant. Das reicht bei weitem nicht aus.
- Die Ausweitung des Ganztagsangebots an allen weiterführenden Schulen.
- gesunde Ernährung: gesundes, leckeres und bezahlbares Mittagessen in allen Kindertageseinrichtungen und Schulen mit regionalen Produkten und einer gehörigen Portion „Bio“. Außerdem wollen wir, dass neben Ernährungsberatung das gemeinsame Kochen ein fester Bestandteil im Ganztagsprogramm aller Schulen wird.

- mehr Geld für die Förderung von Migrati-
onskindern und Flüchtlingskindern sowie
Sprachförderung im Kindergarten.
- Erhalt der Schulbüchereien und der Büche-
rei Weilerstraße, um die Leselust der Kinder
mehr fördern, die erfolgreich etablierten
Kinder- und Jugendbuchclubs der Stadtbü-
cherei unterstützen.
- das Projekt „ehrenamtliche Lese- und Re-
chenpaten“ der Freiwilligenagentur Lands-
hut (fala) ausbauen.
- die Verkehrssituation zu Schulbeginn/Ende
durch den Hol- und Bringverkehr der Kinder
mit dem Auto entzerrt wird
- das Radwegenetz zügig ausgebaut wird.

Kinderfreundliche Wohnbedingungen schaffen

Für Familien ist es wichtig, dass die Kinder im Wohngebiet gewünscht sind. Der öffentliche Raum muss so gestaltet sein, dass auch Kinder ihn nutzen können, genügend Bewegungsflächen vorgehalten werden und dort auch spielende Kinder akzeptiert werden. Kinder müssen sich auch unbeaufsichtigt in ihrem Wohnumfeld bewegen können. Deshalb brauchen wir verkehrsberuhigte Wohngebiete.

Wir Landshuter Grüne wollen

Sicher ankommen

Damit Kinder und Jugendlichen ihre täglichen Strecken selbstständig und sicher zurücklegen können und nicht auf das „Elterntaxi“ angewiesen sind, brauchen wir verkehrssichere Wege, gute Radverbindungen und einen attraktiven ÖPNV. In Landshut herrscht bisher jedoch eine Verkehrspolitik, die den Stadtbusverkehr radikal zusammenkürzt und sich lieber für Parkplätze als für Sicherheit entscheidet. Ein Beispiel gefällig? Auf Kosten der Schulwegsicherheit hat man jüngst bei der Umgestaltung des Bismarckplatzes zehn Parkplätze direkt an der Schulbushaltestelle vor dem Kloster Seligenthal genehmigt. Sie können bei der Kommunalwahl die Weichen anders stellen.

Denn wir Landshuter GRÜNE werden dafür sorgen, dass

- die Wohnattraktivität fördern und Spielstra-
ßen (verkehrsberuhigte Bereiche) dort ein-
richten, wo eine Mehrheit der Anwohnerin-
nen und Anwohner das wünscht.
- kostengünstigen Wohnraum für Familien
mit Kindern schaffen. Der auf Initiative der
Grünen Stadtratsfraktion eingeführte Fami-
lienbonus bei Baulandausweisung ist ein
erster Erfolg. Bezahlbare, familientaugliche
Mietwohnungen werden jedoch immer
mehr zur Mangelware. Dem wollen wir ent-
gegenwirken.
- Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt
und den Plätzen gerade auch für Familien
mit Kindern erhöhen, damit wieder mehr Fa-
milien in die Innenstadt ziehen.
- Kindergarten- und Schulwege kurz und si-
cher sind. Die Schulwegepläne müssen da-
raufhin systematisch überprüft werden und
gemeinsam mit den Eltern und Schulen ver-
trägliche Lösungen gesucht werden
- vor allen Kindertagesstätten und Schulen
Tempo 30 gilt

Platz da für die Jugend

Junge Menschen benötigen Freiräume und allzu oft werden ihnen diese versperrt. Wir Grüne setzen daher auf einen konsequenten Ausbau der Infrastruktur für Jugendliche und breite Unterstützung der Jugend mit ihrer kulturellen Vielfalt. Jugendzentren müssen in die Mitte der Stadt und dürfen nicht an den Rand gedrängt werden. Die Jugend braucht Treffpunkte zum ‚Abhängen und Austausch‘, zum Reden und Zuhören. Hierzu zählt auch der Erhalt von Bolz- oder Streetballplätzen in den Wohngebieten.

Ein wichtiges Thema ist uns auch der Jugendschutz. Deshalb muss der extensiven Ausweitung der Spielcasinos in Landshut endlich der Riegel vorgeschoben werden.

Wir Landshuter Grüne wollen

- das Jugendzentrum Poschinger Villa dort belassen, wo es ist. Ein Verkauf der Villa und eine Verlagerung des Jugendzentrums aus der Innenstadt heraus wird es mit uns nicht geben.

- keine Kürzungen bei den Ausgaben im Jugendhilfebereich.
- Bolzplätze sowie Streetball- und Hockey-Plätze erhalten und besser ausstatten (z.B. mit Sitzgruppen). Dort, wo ein Bolzplatz einem Bauprojekt zum Opfer fällt (siehe Kita Marschallstraße) muss ein adäquater Ersatz angeboten werden.
- keine Einschränkung der Nutzungszeiten von Bolzplätzen, Spielplätzen und anderen Anlagen. Ein Dauerstreit wie an der Jennerstraße darf sich nicht wiederholen, denn Kinderlärm ist Zukunftsmusik.
- dezentrale Jugendtreffs in der Porschestraße und den Stadtteilen Nikola und Auwaldsiedlung
- Jugendprojekte am Stadttheater und dem Kleinen Theater weiterführen.

Die dirtbiker und ihr bibertrail – vom Schwarzbau zum Vorzeigeprojekt

Nein, am Anfang sah es gar nicht gut aus für dieses Projekt junger, begeisterter Radakrobaten aus Landshut (Landshuter Pedal Team e.V.). Seit 2009 hatten diese im Auwald in Landshut-West eine Naturbahn mit Wellen und Sprungschancen für sich und ihre dirtbikes gebaut. Im November 2011 jedoch erhielten sie die unmissverständliche Aufforderung der bayerischen Staatsforsten: dieser Schwarzbau ist zu beseitigen! Bei einem runden Tisch im Rathaus konnte das Problem eingegrenzt werden: auf die Frage der Haftung. Das Problem wurde gelöst: der Rad-sport Club Landshut nahm die dirtbiker unter seine Fittiche und pachtete eine größere Fläche von den Staatsforsten. Der bibertrail konnte sogar noch erweitert werden – auf die dreifache Größe! Am 15.09.2012 wurde er offiziell eröffnet. Seither wird er vielfach befahren von jungen Nachwuchsfahrern und Nachwuchsfahrerinnen wie von erwachsenen Könnern. Und viele Spaziergänger bewundern sie.

Und was ist das Einmalige daran? Gebaut und gepflegt wurde und wird der bibertrail von den Jugendlichen in Eigenverantwortung nach dem selbst gewählten Motto „no dig, no ride“. Eine Sportanlage, die den Steuerzahler keinen Cent gekostet hat - großartig!

- Jugendevents anbieten: z.B. ein alljährliches OpenAir in der Ellermühle als Ersatz für das Stadtparkfest.
- den Jugendzeltplatz Mühlhof erhalten. Andernfalls muss ein attraktiver Ersatzplatz eingerichtet werden.
- die Jugendherberge Ottonianum erhalten. (vgl. S. 13)
- mehr legale Graffiti-Flächen ausweisen und damit einen Stadtratsbeschluss von 2009 endlich umsetzen.
- dass gute Busverbindungen in alle Stadtviertel bestehen und kein Stadtteil abgehängt wird. Wir fordern die Beibehaltung der Nachtbuslinien und einen Lückenschluss mit dem Anrufsammeltaxi.
- die Einführung einer Spielautomatensteuer auf Landesebene, um die Ausbreitung der Spielhallen einzudämmen. Die Zahl der Spielhallen hat auch in Landshut dramatisch zugenommen. Ohne landesweite rechtliche Grundlage, werden wir hier weiterhin machtlos zusehen müssen.
- keine Insellösung bei der Sperrstundenregelung in Landshut, um sogenannten Diskotourismus zu vermeiden.

Jugendliche ernst nehmen

Wir Landshuter Grüne wollen, dass sich Jugendliche mehr in die Politik einmischen. Denn sie sind die Experten in eigener Sache. Wir wollen, dass die Jugendlichen Eigenverantwortung übernehmen und ihnen ernst gemeinte Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Jugendliche müssen als gleichberechtigte Akteure in der Stadtgesellschaft wahrgenommen werden. Deshalb fordern wir Grüne landesweit seit

jeder in einem ersten Schritt das aktive, kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren.

Wir Landshuter Grüne setzen uns ein für

- Politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche: Wir wollen ein Jugendplenum analog des Frauenplenums etablieren; den Jugendrat wollen wir zu einem echten Beteiligungsort für Jugendliche ausbauen mit Antragsrecht und Budgetrecht;
- die Einführung von Kinder- und Jugendsprechstunden im Rathaus
- die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern bei Plänen und Bauvorhaben, die sie betreffen, wie Spielplätze und Aufenthaltsorte in den Stadtvierteln
- Kinder- und Jugendliche, die sich in Eigeninitiative in ihrer Nachbarschaft Räume schaffen und sich einmischen. Der „bibertrail“ junger Dirtbiker im Auwald (Siehe Kasten S. 33) ist hierfür ein gelungenes Beispiel.

Selbstbestimmt leben im Alter

Die Auswirkungen des demografischen Wandels in Bayern sind sehr unterschiedlich. Landshut zählt zur Zeit noch zu den Wachstumsregionen. Aber auch wir müssen uns auf die Veränderung der Altersstruktur unserer Stadtgesellschaft einstellen. Je früher eine Stadt darauf reagiert, desto zukunftsfähiger ist sie.

Gut 22 % der Landshuter Bevölkerung ist über 65 Jahre alt. Dieser Anteil wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen. In einer älter werdenden Gesellschaft bestimmt die Frage, was Seniorinnen und Senioren brauchen, die kommunale Politik immer stärker. Wir Grüne wollen diesen Prozess aktiv gestalten, die infrastru-

turellen Voraussetzungen schaffen, aber auch die Kompetenzen der älteren Menschen gezielt in den Blick nehmen. Auf Initiative der Grünen Stadtratsfraktion wurde 2013 ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept für die Stadt Landshut erstellt, das eine gute Handlungsgrundlage für die kommenden Jahre darstellt.

Wir Grüne wollen, dass die Menschen in ihrem angestammten Umfeld bleiben können. Die Selbstversorgung muss durch kurze Wege, einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, soziale Kontakte und eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sichergestellt werden. Die Teilhabe der Seniorinnen und Senioren am öffentlichen Leben ist ein Ziel Grüner Politik.

So wollen wir Grüne

- mehr Lebensqualität für ältere Menschen in Landshut erreichen
- Wahlfreiheit beim Wohnen durch mehr Angebotsvielfalt - von generationenübergreifendem Wohnen bis hin zur Senioren-WG: Wir unterstützen Bauherrengemeinschaften, Genossenschaften und alternative Mehrgenerationen-Wohnprojekte. Ein Anfang wurde jüngst am Kasernengelände gemacht. Dort soll das erste gemeinschaftliche Wohnprojekt in Landshut verwirklicht werden.
- ein selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden bis ins hohe Alter ermöglichen.
- eine Wohnberatung für ältere Menschen einrichten, um besser über Wohnungsanpassungen oder über Möglichkeiten des Wohnungstausches zu informieren.
- ältere Menschen verstärkt über die Freiwilligenagentur in das Ehrenamt einbinden. So können sie ihre Lebenserfahrung an die junge Generation weitergeben.

- Teilhabe für alle: Die guten Angebote der Seniorenarbeit in die verschiedenen Stadtteile bringen.
- Jung und Alt zusammenbringen. Kinderbetreuung in Altenheimen anbieten und die Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Alteneinrichtungen verstärken
- Mit einem Besuchsdienst mit Tieren in die Altenheime gehen.
- Interkulturelle Öffnung von Alten- und Pflegeheimen durch kultursensible Pflege und Betreuung.
- Ausweitung des Projekts „Sprach- und Kulturmittler“ auf den Seniorenbereich.
- Durch verstärkte Ausbildung von Pflegekräften in den städtischen Altenheimen dem Pflegekräftemangel entgegenwirken.

Leben in einer inklusiven Gesellschaft

Wir Grüne setzen uns für ein Gesellschaftsideal ein, in dem alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben und an allen Aktivitäten selbstverständlich teilhaben können. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 in Deutschland geltendes Recht. Nun geht es darum, sie konsequent vor Ort umzusetzen.

Wir Grüne wollen den Interessen und Belangen der Menschen mit Behinderung in unserer Stadt mehr Gehör verschaffen. Auf unsere Initiative hin wird es in Kürze auch in Landshut eine eigene, selbstständige Vertretung der Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehöriger geben: einen Behindertenbeirat. So können die Menschen mit Behinderung direkt an der Stadtpolitik

teilnehmen und den Stadtrat und die Verwaltung als Experten in eigener Sache beraten.

Unsere Grünen Ziele sind

- die Erstellung eines kommunalen Aktionsplans „Inklusion“.
- inklusive Krippen, Kitas und Schulen, damit Kinder mit Behinderungen selbstverständlich von Anfang an mit dabei sind. Dazu gehören multiprofessionelle Teams und eine behindertengerechte Ausstattung der Einrichtungen.
- Die Schaffung von mehr inklusiven Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung und den kommunalen Einrichtungen, wie Kitas, Altenheime und Klinikum, um die Chancen am Arbeitsleben teil zu haben für Menschen mit Behinderung zu verbessern. Die Stadt ist Vorbild und ein wichtiger Impulsgeber für privatwirtschaftliche Unternehmen.
- Die Unterstützung von Arbeitsprojekten, die beeinträchtigte Jugendliche in den Arbeitsmarkt integrieren. Landshut hat hier bereits zwei Vorzeigeprojekte: „MitArbeiten in Landshut e.V.“ und „AnS Werk Landshut e.V.“.
- Selbsthilfeorganisationen wie „Hand in Hand e.V.“ stärken.
- einen Ausbau der familienentlastenden Dienste, um Familien mit behinderten Kindern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern bzw. den pflegenden Angehörigen „Auszeiten“ zu ermöglichen.
- die Öffnung von Sportangeboten für Menschen mit Behinderung weiter voranbringen.
- Unterschiedliche Wohnformen für Menschen mit Behinderung schaffen, von Wohngemeinschaften über ambulant betreutes Wohnen

für Singles, damit behinderte Menschen selbst wählen können, wie sie wohnen möchten.

- die hervorragende Arbeit der Agenda 21 Gruppe ‚Verkehr‘ weiterführen und die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden, Wohnungen und im Straßenraum ausbauen.
- den Ausbau von ambulanten Diensten für älter gewordene Menschen mit Behinderung.

Wege aus der Armut

Armut ist die Folge einer verpassten Politik. Auch in Landshut nimmt die Armut zu. Kinder sind in zunehmendem Maße von Armut betroffen: 2011 lebten über 20% der Kinder in Arbeitslosengeld-II-Bezug oder in Wohngeldbezug. Das ist eine alarmierende Zahl!

Altersarmut gibt es bereits und sie droht in den kommenden Jahrzehnten weiter zu steigen. Besonders betroffen sind Frauen. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner suchen Hilfe bei der Schuldnerberatung. Die Schuldnerberatung der Diakonie Landshut hat 2012 einen Anstieg um 50% im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet. Viele ärmere ältere Menschen verzichten aus Scham auf die ihnen zustehende Grundsicherung und leben in Einsamkeit und Isolation.

Armut trotz Arbeit

In Landshut ist die Zahl der Menschen, die einen Zuschuss zur Miete, das sogenannte Wohngeld erhalten, exorbitant angestiegen auf rund 2.200 Personen. Das hängt auch damit zusammen, dass es in Landshut kaum bezahlbaren Wohnraum gibt. Besonders Alleinerziehende mit niedrigem Einkommen oder älteren Menschen mit geringer Rente werden von den hohen Mieten überrollt und leben an der Armutsgrenze.

Ein zunehmendes Problem stellen die sogenannten „working poor“ dar, Menschen, die sich ihren Lebensunterhalt durch Minijobs oder Leiharbeit verdienen müssen und damit aber nicht über die Runden kommen.

Raus aus der Isolation

Gerade für arme Menschen sind soziale Netzwerke in ihrer Wohnumgebung notwendig. Projekte, wie die „Soziale Stadt Nikola“ stärken nicht

nur bürgerschaftliches Engagement, sondern tragen zur Integration sozial benachteiligter Mitbürgerinnen und Mitbürger bei. Deshalb wollen wir auch in anderen Stadtteilen nach dem Beispiel „Soziale Stadt“ Quartiersbeiräte einführen. Damit Armut nicht zwangsläufig bedeutet, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden, haben wir Grüne uns gemeinsam mit der Agenda 21-Arbeitsgruppe „Soziales“ erfolgreich für die Einführung des Landshuter Sozialpasses stark gemacht. Seit 2007 ermöglicht er vielen sozial benachteiligten Menschen gesellschaftliche Teil-

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Jede und Jeder hat das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum. In Landshut herrscht Wohnungsnot: Menschen geraten in Armut, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen können. Flüchtlinge, die aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen dürften, müssen dort bleiben, weil sie keine Wohnung finden. Die Frauenhäuser sind überbelegt, weil wegen Wohnungsknappheit die Belegdauer immer länger wird.

Seit zwanzig Jahren findet in unserer Stadt so gut wie kein sozial geförderter Wohnungsbau mehr statt. In dieser Zeit wurden jedoch über 3.500 Wohnungen aus der sozialen Bindung entlassen und nur 270 dazugenommen, so dass die Bedarfsschere noch stärker auseinander gegangen ist. Die Situation wird sich noch verschärfen, denn mit dem skandalösen Verkauf der GBW hat die CSU-geführte, bayerische Staatsregierung Bayerns größtes Wohnungsunternehmen an ein privates Immobilienunternehmen verscherbelt. Das wird auch in Landshut Spuren hinterlassen, denn in unserer Stadt sind davon rund tausend noch bezahlbare Wohnungen betroffen.

Die soziale Wohnraumversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsaufgabe. Daher sehen wir Grüne die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum als zentrale Herausforderung für unsere städtische Sozialpolitik. Auf unsere Initiative hin hat die Stadt in den letzten Jahren zumindest acht Wohneinheiten mit sozialer Bindung errichtet und am Kasernengelände günstig Grund abgegeben zum Bau weiterer Wohnungen. Außerdem haben wir eine Richtlinie auf den Weg gebracht, nach der bei Schaffung von Baurecht für Wohngebäude künftig 20 % des Wohnraums für Menschen mit besonderen Wohnungsversorgungsproblemen zu errichten sind. Damit aber ist die Wohnungsnot in Landshut nicht gelöst. Mit Hilfe kommunaler Wohnungsunternehmen kann eine Stadt dazu beitragen, dass geeigneter Wohnraum für jeden Geldbeutel zur Verfügung steht.

Deshalb fordern wir Grüne auch weiterhin eine städtische Wohnungsgesellschaft für Landshut. Die Mehrheit des Stadtrates hat dies bisher abgelehnt.

habe durch vergünstigte Eintrittspreise und Mitgliedsbeiträge zum Beispiel bei Sportvereinen. Wir Grüne arbeiten eng mit dem Forum „Landshuter Armutskonferenz“ zusammen, das sich seit nunmehr über zehn Jahren dafür einsetzt, Armut vorzubeugen und zu bekämpfen. Wir unterstützen Ehrenamtliche und Einrichtungen wie die „Landshuter Tafel“, die sich dafür einsetzen, die schlimmsten Folgen der Armut zu lindern.

Und das wollen wir Grüne in Landshut tun

- mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen.
- die Schuldnerberatung dauerhaft finanziell ausstatten.
- eine Kulturtafel einführen: Kontingente von Freikarten für kulturelle Veranstaltungen werden über die Tafeln vergeben.
- eine niederschwellige und unbürokratische Handhabung des Bildungs- und Teilhabepakets.

Landshut – eine weltoffene Stadt

Die Vielfalt der Kulturen verstehen wir als Bereicherung. In Landshut sind mehr als einhundert Nationen zuhause. Im Leben von gut 20% der Landshuter Bevölkerung spielt Einwanderung eine Rolle, auch wenn ein großer Teil von ihnen selbst keine eigene Migrationserfahrung mehr hat.

In Landshut hat sich in den vergangenen Jahren in der Migrationspolitik vieles getan. So konnte 2009 nach anfänglichem politischem Widerstand endlich der lang ersehnte Beirat für Migration und Integration ins Leben gerufen werden. Daran waren wir Grüne maßgeblich beteiligt. Auf unsere Initiative hin, gibt es seit 2011 eine alljährliche Einbürgerungsfeier für

alle Landshuter Bürgerinnen und Bürger, die die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben – ein Stück Willkommenskultur.

Wir Grüne wollen auch weiterhin zur Teilhabe aller beitragen, insbesondere auch zur Chancengleichheit und Gleichberechtigung der zugewanderten Menschen. Dazu müssen wir das gegenseitige Verständnis füreinander wecken. Nur so kann eine gesellschaftliche Atmosphäre geschaffen werden, in der Mehrfachzugehörigkeiten gelebt werden können.

Dafür werden wir Landshuter Grüne uns im Stadtrat einsetzen:

- Die Erarbeitung von Leitlinien kommunaler Integrationspolitik für die Stadt Landshut.
- Landshut bemüht sich um einen offenen und integrativen Kulturbegriff (vgl. Kulturleitbild Stadt Landshut).
- Landshut schafft eine Antidiskriminierungsstelle.
- Die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und die damit verbundene Förderung der Interkulturellen Kompetenz bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in Bereichen der Verwaltung mit Außenwirkung.
- Die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten und Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung.
- Stellenausschreibungen der Verwaltung bzw. der stadteigenen Betriebe mit dem Zusatz versehen: „Bewerberinnen und Bewerber aller Nationalitäten erwünscht“.
- Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Selbstorganisationen, Parteien, Migrationsbeirat und anderen Institutionen.

- Auf Landesebene setzen wir uns ein für ein kommunales Ausländerwahlrecht. Auch Landshuterinnen und Landshuter ohne EU-Staatszugehörigkeit müssen bei kommunalen Entscheidungen direkt und unmittelbar mitentscheiden können.
- Eine jährliche Integrationskonferenz der Stadt und des Migrationsbeirats.
- Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund an Schulen: Kinder mit Migrationshintergrund gehören nach wie vor zu den Bildungsverlierern. Deshalb brauchen wir gerade an Schulen mit hohem Migrationsanteil spezielle Förder- und Projektangebote.
- Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache vom Kleinkinderalter an. Entsprechende Programme wie z.B. „Mama lernt deutsch“ müssen ausgebaut werden.
- Fortführung des Projekts „Sprach- und Kulturmittler für die Region Landshut“, das in konkreten Alltagssituationen durch kultursensible Übersetzertätigkeit vermittelt.

Situation der Flüchtlinge verbessern

Nach der Schließung der Holzbaracken an der Alten Schönbrunnerstraße im Sommer 2010 haben wir GRÜNE uns gemeinsam mit vielen Landshuterinnen und Landshutern dafür eingesetzt, dass die Flüchtlinge in Landshut bleiben konnten und nicht in den Bayerischen Wald umgesiedelt wurden. Das war eine überwältigende Welle der Solidarität, ohne die die drohende Zwangsumsiedlung der Flüchtlinge nicht hätte verhindert werden können.

Heute leben die rund 160 Flüchtlinge – Männer, Frauen und Kinder aus den unterschiedlichsten Kulturen und Heimatländern - in der Gemeinschaftsunterkunft in der ehemaligen Schochkaserne. Das ist eine klare Verbesserung. Nach wie vor aber leben sie in einer viel zu großen Einrichtung. Es fehlt am nötigen Personal, das die Flüchtlinge unterstützt, berät und im Haus betreut. Dass die Flüchtlinge dennoch Deutsch lernen, die Kinder ihre Hausaufgaben meistern und sie an der Gesellschaft teilhaben können, dafür sorgen die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, deren Engagement nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Dennoch ist es die Aufgabe des Freistaates ausreichend Personal für die Flüchtlingsberatung und -betreuung bereitzustellen.

Ein weiteres Problem sind die fehlenden Wohnungen: Flüchtlinge, die aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen dürften, haben auf dem engen Landshuter Wohnungsmarkt keine Chance. Das betrifft vor allem auch Familien. Ohne Wohnungsmittler ist ein Auszug aus der Unterkunft praktisch unmöglich.

Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass sich die Situation für die in Landshut lebenden Flüchtlinge verbessert. Auf Landesebene wollen wir den bayerischen Sonderweg bei der Versorgung der Flüchtlinge beenden.

Ein menschenwürdiges Existenzminimum heißt: Bargeld statt Sachleistungen, Wohnungen statt Gemeinschaftsunterkünfte, Bewegungsfreiheit statt Residenzpflicht, freier Zugang zu Sprachkursen, Ausbildung und Arbeit. Kurz: Teilhabe statt Ausgrenzung.

- Alltagsdiskriminierung abbauen (s. Kap. Gegen Rechts, S. 42).
 - Die Einrichtung eines längst überfälligen Gebetsraums für Muslime im Klinikum Landshut.
- die Gleichstellung von Frauen und Männern bei weitem noch nicht erreicht ist. Ungleiche Löhne, geringe Repräsentanz in Führungspositionen, Altersarmut bei Frauen machen deutlich, dass Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe in allen politischen Handlungsfeldern bleiben muss.

Gelebte Gleichstellung in Landshut

Auch nach mehr als hundert Jahren Internationalem Frauentag müssen wir feststellen, dass

Alleinerziehende und alte Frauen sind in größerem Ausmaß von Armut betroffen, denn die klassische Rollenaufteilung der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen führt zu Lücken in ihrer Berufsbiografie, die sich beim Lohn und in der sozialen Absicherung negativ auswirken.

Fortschritte - aber noch immer keine Gleichstellung in Sicht

Fortschritte – aber noch immer keine Gleichstellung in Sicht

Wir Grüne machen uns seit vielen Jahren für eine gelebte Gleichstellung von Männern und Frauen stark. Dabei geht es uns sowohl um die gerechte Verteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern als auch um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden uns auch in der kommenden Wahlperiode verstärkt für mehr Frauen in der Verwaltungsspitze und in öffentlichen Ämtern einsetzen.

Seit Inkrafttreten des Bayerischen Gleichstellungskonzeptes (BayGiG) sind Kommunen alle fünf Jahre zur Erstellung bzw. Fortschreibung des Gleichstellungskonzeptes verpflichtet. Zwar hat sich auch in der Stadtverwaltung Landshut in den letzten Jahren etwas getan - Teilzeitbeschäftigung und familienpolitische Beurlaubungen gehören mittlerweile zur Tagesordnung - doch sind Frauen in Führungspositionen oder im technischen Bereich nach wie vor extrem unterrepräsentiert. Unter den 51 Referatsleitern und Amtsleitern samt ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern befinden sich nur neun Frauen, davon eine Referatsleiterin, eine Amtsleiterin und sieben Stellvertreterinnen.

Auch im Stadtrat stellen die Frauen nach wie vor mit 17 zu 27 eine Minderheit dar.

Die Zeit ist reif, die Quote gesetzlich zu verankern!

Es ist an der Zeit, von Appellen zu gesetzlichen Regelungen zu wechseln. Nur mit einer gesetzlichen Quote wird sich die Anzahl von Frauen in den Unternehmen sowie in den Aufsichtsräten erhöhen. Dies muss auch für die kommunalen Unternehmen gelten!

Übrigens, bei uns Grünen haben die Frauen die ‚Nase‘ vorn:

Während in anderen Parteien noch über Quoten diskutiert wird, gehört die Quote bei uns GRÜNEN schon immer zur festen Regel. Auf unserer Liste für die Kommunalwahlen 2014 werden wieder mindestens 50% Frauen vertreten sein. So gelingt es, die Repräsentanz von Frauen im politischen Leben zu erhöhen.

Wir Grüne setzen uns dafür ein:

- dass sich die Rahmenbedingungen für Frauen und Männer mit Familienpflichten (Kinderbetreuung, Pflegeätigkeit) durch flexible Arbeitszeiten noch weiter verbessern.
- dass Teilzeitmodelle auch im Bereich der Führungskräfte vermehrt umgesetzt werden (s. Kap. Wirtschaft, S. 51).
- dass Frauen mit Führungspotential besonders motiviert werden, sich auf Führungspositionen zu bewerben.
- dass Personalratsgremien paritätisch besetzt werden.

Gewalt gegen Frauen

Häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist auch zehn Jahre nach Einführung des Gewaltschutzgesetzes immer noch ein unterschätztes Problem. Wir werden es weiterhin öffentlich zum Thema machen und wir setzen uns dafür ein, dass Frauen ein Schutzraum geboten wird. Dabei arbeiten wir eng mit den Landshuter Frauenhäusern und der Landshuter Offensive gegen häusliche Gewalt (LOG) zusammen.

Seit zwanzig Jahren besteht mittlerweile das Frauenhaus Landshut und anders als zu den Anfangszeiten zweifelt heute niemand mehr dessen Notwendigkeit an. Dennoch fehlt in Bayern nach wie vor eine gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser. Wir Grüne fordern diese seit Jahren.

Um das Gewaltschutzgesetz wirksam und schnell umsetzen zu können und dem staatlichen Schutzauftrag gerecht zu werden, müssen genügend Plätze in den Frauenhäusern zur Verfügung stehen. Hier sehen wir ein großes Defizit. Die Auslastung der Landshuter Frauenhäuser liegt bei 110%. Deshalb werden wir uns dafür stark machen, dass eine Notstelle für Akutfälle geschaffen wird.

Andersrum ist nicht verkehrt - Lesben und Schwule in Landshut

Eine weltoffene, tolerante und liberale Stadtgesellschaft zeigt sich besonders im Umgang mit vielfältigen Lebensformen und Identitäten. Lesben und Schwule sind im Alltag immer noch von Diskriminierungen betroffen. Unterstützungs- und Aufklärungsbedarf sehen wir im Hinblick auf die Situation von lesbisch-schwulen und bisexuellen Jugendlichen. Wir wollen die Gesellschaft für vielfältige Lebensformen sensibilisieren und jeglicher Form von Ausgrenzung entgegenwirken.

RECHTSEXTREMISMUS: Wehret den Anfängen!

Nicht nur die bundesweit bekannte Mordserie der NSU und der dazu anhängende Prozess hat das Thema Rechtsextremismus wieder akut in unsere Gesellschaft zurückgebracht. Auch Landshut wurde von rechtsextremen Heimsuchungen nicht verschont. So konnten immer wieder Informationsstände von rechtsextremen Gruppierungen nicht verhindert werden aber auch Aufmärsche und Kundgebungen mussten von der Landshuter Stadtbevölkerung hingenommen werden.

Auch wenn der Rechtsstaat im Rahmen der Verfassungsmöglichkeiten diesen Gruppierungen die Demonstrationsrechte zugestehen muss, so ist es doch auch eine Aufgabe aller demokratischen Kräfte, Bestrebungen der „extremen Rechten“ entschieden entgegen zu treten.

Für uns Grüne ist daher notwendig:

- ein konsequentes und nachhaltiges Eintreten gegen Neonazis unter Einhaltung der Gewaltlosigkeit aller demokratischen Kräfte und Gruppierungen; sowie Maßnahmen für eine verstärkte Bewusstseinsbildung und Förderung der Zivilcourage der Landshuter Bürgerschaft gegen Rechts.
- ein gemeinsames Eintreten aller demokratischen Parteien für unsere Demokratie und Verurteilung aller rechtsextremen Muster, Redewendungen und Inhalte.
- die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen.
- ein entschiedenes Vorgehen gegen Neonazis von Seiten des gesamten Landshuter Stadtrates und der Verwaltungsspitze. Denn Lippenbekenntnisse alleine helfen hier nicht

– alle müssen sich entgegenstellen, wenn Nazis unsere Plätze vereinnahmen wollen.

- frühzeitige Information aller Stadtratsgremien, wenn Bestrebungen und Aktionen von Nazis in der Stadt Landshut bekannt werden. „Wehret den Anfängen“ nicht nur wenn es um die großen Geschehnisse geht. Auch vermeintlich unscheinbaren Bestrebungen oder Aktionen darf kein Raum gewährt werden. Nur so kann bereits von Beginn an der Aufbau von rechtsextremer Infrastruktur verhindert werden (z.B. Schulungs- und Veranstaltungseinrichtungen von Neonazis etc.).
- dass geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um den in der Gesellschaft verbreiteten rechtsextremen Einstellungen entgegen zu treten, wie z.B. Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus oder die Verharmlosung des Nationalsozialismus.

BILDUNG: Gleiche Chancen für alle

Bildungspolitik und Finanzierung aller Bildungseinrichtungen von der Grund- bis zur Hochschule ist Aufgabe des Freistaates Bayern. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Stadt sich nur in der Rolle des Sachaufwandsträgers sehen darf, der das Seine bereits dann getan hat, wenn er alle erforderlichen Gebäude bereithält. Denn darüber hinaus hat die Stadt sowohl die Möglichkeit als auch die Verpflichtung, noch mehr als bisher gestaltend im Bereich der Bildung tätig zu werden.

Daher fordern wir Grüne :

- den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit.
- die Ausweitung der Ganztagsbetreuung an Schulen, insbesondere die Einrichtung weiterer gebundener Ganztagsklassen (s. Kap. Soziales, S. 31).
- die gezielte Unterstützung von Schulen mit hohem Migrationsanteil, z.B durch die Einrichtung von FSJ- oder Bufdi-Stellen.
- eine sinnvollere Einteilung der Schulprenge, um eine bessere Verteilung von Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern aus bildungsfernen Familien zu erreichen.
- die Förderung der Mehrsprachigkeit auch im Schriftlichen bei Kindern mit Migrationshintergrund gleichsam als Anerkennung einer besonderen Stärke.
- den Beginn einer Zusammenarbeit zwischen der städtischen Musikschule und den Grund- und Mittelschulen in allen Stadtteilen, um musikalische Breitenarbeit zu gewährleisten.

- noch mehr präventive Projektarbeit an den Schulen.
- die Förderung der Berufseinstiegsbegleitung und von Projekten für Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher, um diesen einen Abschluss zu ermöglichen (wie z.B. Modell Landshut).
- die Förderung von freien Schulen wie z.B. Waldorf- oder Montessori-Schulen.
- sichere Schulwege, damit Kinder und Jugendliche nicht auf das Elterntaxi angewiesen sind, sondern selbstständig ihre Wege zurücklegen können. Wo dies nicht möglich ist, mehr Flexibilität bei der Erstattung von Schulwegkosten bei gefährlichen oder beschwerlichen Schulwegen.
- ist, mehr Flexibilität bei der Erstattung von Schulwegkosten bei gefährlichen oder beschwerlichen Schulwegen.

KULTUR: Vielfalt fördern, Identität schaffen

Ob eine Stadt kreativ ist, zeigt sich auch an Qualität und Vielfalt ihres kulturellen Angebotes. Daher müssen Kunst und Kultur eine zentrale Rolle in der Stadtpolitik erhalten. Es geht dabei um Bewahrung ebenso wie um Erneuerung. Das kulturelle Erbe ist zu pflegen, aber ebenso müssen alle kreativen Kräfte beim Beschreiten neuer Wege gefördert werden. Eine zeitgemäße und offene Kulturpolitik schafft Lebensqualität in der Stadt und stärkt zugleich ihre Außendarstellung.

Wir Grüne setzen uns daher ein:

- für ein Stadttheater im Bernlochner auf neuer und angemessener Rechtsgrundlage, wobei wir Grüne jedoch nicht bereit sind, „jeden Preis“ zu zahlen.
- für ein Stadtmuseum im Komplex des Alten Franziskanerklosters am Prantlgarten.
- für eine gemeinsame und einheitliche Verwaltung aller Museen der Stadt.
- für einen Denkmalschutz, der nicht ständig vor „Investoren“ einknickt, sondern den Erhalt historischer Gebäude vorzieht.
- auch für neues Bauen in der Kernstadt ohne Scheu vor der Architektursprache unserer Zeit, für Offenheit zur Gegenwart und Zukunft.
- für den Erhalt der Zweigbücherei in der Weilerstraße.
- für eine dauerhafte Unterbringung des Kunstvereins in angemessenen Räumen.

- für Kunst am Bau bei Bauvorhaben der Stadt, die nach Jahren des Totalausfalls endlich wieder ihren Platz erhalten muss.
- für die weitere Förderung der vielfältigen und unverzichtbaren privaten Initiativen wie z.B. Kleines Theater, Kurzfilmfestival und Stadtspektakel.
- für eine verstärkte Förderung der Jugendkultur auch durch den Erhalt und die Sicherung bewährter Strukturen (z.B. JUZ, Alte Kaserne) und Unterstützung von Jugendprojekten am Stadttheater und am Kleinen Theater.
- für ein Open-Air-Festival in Ellermühle als Ersatz für das Stadtparkfest.
- für eine lebendige, freie Kulturszene mit bezahlbaren Arbeitsräumen für junge Künstlerinnen und Künstler sowie für freie Kunst im öffentlichen Raum auch wenn sie kontrovers ist.
- für ein kulturelles Angebot, das für alle zugänglich ist, unabhängig vom Geldbeutel. Deshalb plädieren wir für die Einführung einer Kulturtafel (s. Kap. Armut, S. 38).
- für ein Kulturverständnis, das alle in Landshut lebenden Menschen einbezieht und niemanden ausgrenzt (z.B. verschiedene Religionen, Nationalitäten, Behinderte, Lesben und Schwule).
- für die Fortführung der Bürgerbeteiligung, wie dies zur Zeit bei der Erstellung des Kulturleitbildes der Stadt umgesetzt wird.

SPORT: Spaß und Bewegung für alle

Wir Grünen wollen eine Stadtpolitik, die ihren Bürgerinnen und Bürgern gesunde Lebensverhältnisse bietet. Negative Umwelteinflüsse wie Lärm oder Schadstoffe in Luft, Wasser und Böden gilt es daher zu vermeiden, zumindest aber zu reduzieren.

Neben diesen Aspekten des technischen Umwelt- und Gesundheitsschutzes ist jedoch die Vorsorge mindestens ebenso wichtig. Gesundheitliche Prävention heißt vor allem Bewegung und gesunde Ernährung. Hierfür muss schon in unseren Kindertagesstätten und Schulen der Grundstock gelegt werden. Seit Jahren stellen Sportpädagogen nachlassende motorische Fähigkeiten bei Kindern fest. Einer aktuellen Schätzung zufolge kann heute nur jedes zweite Kind im Grundschulalter schwimmen, vor wenigen Jahren waren es noch 90 %. Dem wollen wir entgegenwirken. Unsere Kinder müssen die Chance haben, Spaß an Sport und Bewegung zu entwickeln. Dies muss sich fortsetzen in dezentralen Angeboten im Breitensport für Jugendliche und Erwachsene.

Wir wollen:

- sichere Schulwege, die von den Kindern selbstständig – zu Fuß oder mit dem Rad – zurückgelegt werden können.
- genügend Platz für Kinder, wo sie spielen und sich austoben können. Bolzplätze mit Sonntagsschließung sind ebenso ein Übel wie die Idee, die städtische Finanzkrise durch Überbauung von Bolzplätzen zu lösen.
- viele neue Spielstraßen: Wohnstraßen müssen vermehrt als verkehrsberuhigte Bereiche ausgewiesen werden, um Lebensraum zu schaffen.
- Bewegungsräume in freier Natur. Auwald und Flutmulde bleiben Gott sei Dank verschont vom Straßenbau. Umso besser können wir dort nun attraktive Sport- und Erholungsmöglichkeiten fördern. Beispielhafte Eigeninitiativen, wie zum Beispiel der Bau des „bibertrail“ im Auwald durch die Gruppe der jungen dirtbike-Fahrer, sind weiterhin zu fördern.
- dezentrale Sportangebote: alle Jugendlichen sollten Sportangebote, wie Streetball oder Straßenhockey in ihren Stadtteilen vorfinden.
- nach wie vor dezentrale Sportanlagen der Vereine: diese sind bedarfsgerecht fortzuschreiben. Der Fußballverein im eigenen Stadtviertel ist insofern sicher ein hoher Wert. Ein weiterer Ausbau der Sportanlagen erscheint uns angesichts der demographischen Entwicklung weder notwendig noch finanzierbar.
- eine gezielte Talentförderung im Sinne der „Sportstadt Landshut“, auch durch Kooperationen von Vereinen bzw. Vereinen und Verbänden. Mit dem Nachwuchsleistungszentrum bei der SpVgg Landshut ist der Fußball in Landshut einen großen Schritt weitergekommen.
- die „Sportstadt Landshut“ erhalten. Landshut verdankt seinen Ruf als Sportstadt in erster Linie dem Eishockey. Die Stadt lässt sich das seit jeher zu Recht viel Geld kosten, zum Beispiel beim Bau der Eissporthalle II oder bei den notwendigen Sanierungsmaßnahmen in der Eissporthalle I. Dabei sind jedoch die Grenzen zu berücksichtigen, die uns die Rechnungsprüfung ins Stammbuch geschrieben hat: bezahlten Sport darf eine Kommune aus Steuergeldern nicht subventionieren.

KRANKENHAUS: doppelt - wie lange noch?

Das Wohl der Patienten und Patientinnen muss in den Krankenhäusern unserer Region an erster Stelle stehen. Zu Recht erwartet die Bevölkerung, im Oberzentrum Landshut eine optimale medizinische Versorgung. Zweitrangig ist es für die Menschen, ob sie diese in einem Haus der Stadt oder des Landkreises finden, oder ob diese Häuser zusammen verwaltet werden; noch dazu, wenn sich die Einrichtungen in unmittelbarer Nähe zueinander befinden.

Krankenhausversorgung ist für die Kommunen eine Pflichtaufgabe im Rahmen des Gemeinwohlprinzips und der Daseinsvorsorge. Eine Privatisierung kommt daher für uns nicht in Betracht. Stattdessen brauchen wir ein an den Bedarf angepasstes und zugleich wirtschaftlich effizientes Versorgungsangebot. Auf dem Weg dahin hat das Klinikum in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht. Dennoch drohen aufgrund der Tarifsteigerungen erneut rote Zahlen, da durch eine verfehlte Krankenhauspolitik des Bundes die Erlöse faktisch eingefroren werden, z.B. Abrechnungsregelung der Krankenkassenleistungen.

Darüber hinaus sehen wir es als wirtschaftlich unsinnig an, wenn sowohl das städtische Klinikum als auch Krankenhaus Landshut-Achdorf des Landkreises die gleichen Leistungen anbieten, zum Beispiel Linksherzkathetermessplätze. Die Wahlfreiheit des Patienten ist hier - bei Lichte betrachtet - kein Vorteil. Denn diese Doppelvorhaltungen kosten nicht nur viel Geld, sondern sie mindern tendenziell auch die Qualität der Leistung, weil die Fallzahlen in den jeweiligen Behandlungseinheiten naturgemäß reduziert werden. Sinkende Qualität kann sich aber kein Patient wünschen. Doppelvorhaltungen sind daher eine Fehlentwicklung, der wir Einhalt gebieten sollten.

Wir Grüne wollen:

- dass Stadt und Landkreis ihre Kräfte bündeln. Solange zwei unterschiedliche Träger auf eigene Rechnung arbeiten, wird weiterhin Rivalität echte Kooperation verhindern. Ziel muss es daher sein, eine gemeinsame Trägerschaft für die Krankenhäuser von Stadt und Landkreis zu schaffen. Nur so können die Behandlungsangebote gebündelt werden, nur so sind weitere Spezialisierungen möglich, nur so steigt die Bandbreite der Behandlungskompetenz in beiden Einrichtungen und nur so können wir auch für die Zukunft gewährleisten, dass die von den Krankenkassen geforderten Fallzahlen pro Jahr erfüllt werden, damit weiterhin Qualitätszertifikate (zum Beispiel „Darmzentrum“) erhalten bleiben.
- nicht beim Personal einsparen, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Leistungsträger des Klinikums, aber nur, wenn die Arbeitsbedingungen stimmen. Der hohe Krankenstand im Klinikum muss genau analysiert werden; mit präventiven Instrumenten wie dem betrieblichen Eingliederungsmanagement muss der Arbeitgeber hier frühzeitig reagieren. In Zeiten wachsender Konkurrenz im Gesundheitsbereich gute und erfahrene Kräfte ans Klinikum binden, die wir angemessen bezahlen.
- die Wirtschaftlichkeit nicht auf Kosten der Hygienestandards erreichen. Die Krankenhäuser stehen hier momentan vor erheblichen Problemen bei der Bekämpfung multiresistenter Keime. Angesichts dessen müssen wir uns die Hygiene unseres Krankenhauses tendenziell mehr Geld kosten lassen als bisher.

- die Wirtschaftlichkeit primär auf der Einnahmenseite verbessern. In diesem Sinne wurden in den vergangenen Jahren Leistungen ausgeweitet durch neue Abteilungen bzw. Behandlungsschwerpunkte, z.B. zum Beispiel die Abteilungen für Akutgeriatrie und Neurochirurgie oder die Zertifizierung von Tumorzentren. Dieser Kurs muss im Sinne der Patienten in der Region fortgesetzt werden.



HAUSHALT und FINANZEN: Aufgabenproblem – kein Ausgabenproblem

Wie viele andere Kommunen steht auch Landshut - angesichts der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen - vor großen Herausforderungen. Gerade in Bayern wird die Situation dadurch verschärft, dass der Freistaat möglichst viele Kosten auf die Städte abwälzt. Die Gebietsreform der 1970er Jahre hat für Landshut zudem die bittere Konsequenz, dass die Stadt die Infrastruktur für die mit ihr räumlich eng verbundenen Gemeinden bereitstellt, ohne dass eine angemessene finanzielle Beteiligung erfolgt.

Erschwerend kommt hinzu, dass unsere Stadt nach Jahrzehnten der CSU-Herrschaft eine der höchstverschuldeten Städte Bayerns ist. Landshut hat aber nicht nur monetäre Schulden, sondern auch „Schulden am Gebäudebestand“: Wir haben in Landshut einen gigantischen Sanierungsstau bei städtischen Gebäuden. Das mögliche Einsparpotential im städtischen Haushalt ist nahezu ausgereizt, es sei denn man wäre zu nicht hinnehmbaren Einschnitten in der kommunalen Daseinsvorsorge bereit, wie z.B. zur Schließung der städtischen Schwimmschule.

Auf der anderen Seite wird den Landshuterinnen und Landshutern im deutschlandweiten Vergleich ein großer Wohlstand attestiert: hohe Kaufkraft, hohe Wirtschaftskraft und geringe Arbeitslosigkeit. Langfristig also muss der Schuldenabbau in Landshut angesichts der hohen Verschuldung unser Ziel bleiben.

Einnahmeseite

Ein richtiger Schritt um die Einnahmesituation zu verbessern war die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B für das Jahr 2013, eine Forderung, die wir Grünen bereits 2011 gestellt hatten und für die wir damals hef-

tig kritisiert wurden. Das Einnahmepotential muss weiter ausgeschöpft werden, z.B. durch die Umlegung der Folgekosten von Baulandausweisungen. Ein weitergehender Schritt, den viele Kommunen gehen, ist die Abschöpfung von Planungsgewinnen bei der Ausweisung von Bauland. Eine konsequente Parkraumbewirtschaftung bringt nicht nur höhere Einnahmen, sondern entlastet die Innenstadt vom Parkdruck und macht das Umsteigen auf den öffentlichen Nahverkehr attraktiver.

Das Ansinnen, städtische Immobilien in größerem Umfang zu veräußern, bewirkt nur Einmaleffekte, und die notwendigen Investitionen sind dadurch nicht dauerhaft zu finanzieren. Außerdem: Einmal verkauft, für immer verloren. Mit uns ist ein Ausverkauf von „Landshuter Tafelsilber“ nicht zu machen.

Ausgabenseite

Trotz hoher Steuereinnahmen musste sich die Stadt Landshut 2012 weiter verschulden, um nicht aufschiebbare Maßnahmen wie z.B. den Neubau der Berufsschule I realisieren zu können. Unsere „Schulden am Gebäudebestand“ in Form vernachlässigter Sanierungen schlagen in den nächsten Jahren voll durch: Allein für die Sanierung des städtischen Wohnungsbestands wird mit Kosten von 18 Mio Euro gerechnet. Dazu kommen die Generalsanierung des Hans-Leinberger-Gymnasiums, vieler weiterer Schulen, des Stadttheaters sowie von Brücken und Straßen.

Investitionen aufzuschieben kostet doppelt: Zum einen wegen weiterhin zu hoher Energiekosten und zum anderen durch deutlich höhere Sanierungskosten aufgrund zusätzlicher Schäden an der Bausubstanz.

Sinnvoll ist die Einführung einer betriebswirtschaftlichen Buchführung und Kostenrechnung als Ergänzung zur Kameralistik: Kosten könnten genauer verrechnet werden und auch das Verhältnis der Schulden zum Vermögen der Stadt würde transparent.

Der Rechtsanspruch von Eltern auf einen Betreuungszplatz für ihre Kinder fordert die Kommunen: Für Kinderkrippen und Kindergärten gibt es zwar Investitionshilfen vom Bund, aber Folgekosten wie die Gehälter für die Erzieherinnen und Erzieher verbleiben bei den Kommunen und führen zu einer deutlichen Steigerung der Personalkosten.

Angesichts dieser Lasten ist es uns unverständlich, warum die Stadt in diesem Bereich über die gesetzlichen Vorgaben hinaus freiwillig weitere Verpflichtungen eingegangen ist. Wir meinen hiermit die so genannten Defizitdeckungsverträge mit Kindergartenträgern - für uns reine Gefälligkeitspolitik ohne gesetzliche Grundlage.

Bei diesen finanziellen Rahmenbedingungen ist es wichtig, Prioritäten zu setzen.

Die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge die nicht kostendeckend arbeiten können, wie die öffentlich nutzbare Verkehrsinfrastruktur inklusive der städtischen Busse, unsere Bildungs- und Kultureinrichtungen, das Krankenhaus und die Sportstätten, sind notwendig für ein „gutes Leben“ in einer Stadt.

Unverzichtbar sind für uns Grüne aber auch die sozialen Leistungen, da eine Streichung oder Kürzung hier auf Dauer mehr schadet als Nutzen bringt, wie das bei der Schulsozialarbeit nur allzu deutlich ist. Dennoch sind städtische Leistungen und Zuschüsse noch stärker auf ihre auch langfristige Wirksamkeit zu überprüfen.

Und wichtig für eine stark verschuldete Stadt ist nach unserer Auffassung schließlich auch das Engagement im kulturellen Bereich, auch unter dem Aspekt des „weichen Standortfaktors“. Bei den städtischen Museen ist eine Bündelung und Konzentration auf den Standort „altes Franziskanerkloster“ und damit der Ausstieg aus den Verträgen mit dem Freistaat zur Residenz auch finanziell sinnvoll. Nie wieder dürfen Verträge wie beim Stadttheater, die der Stadt schaden und ihr einseitig übergroße finanzielle Lasten aufbürden, abgeschlossen werden.

Im Bereich der Sportförderung sind die Sportförderrichtlinien der Stadt konsequent umzusetzen.

Eine weitere Effizienzverbesserung in den Verwaltungsstrukturen ist möglich, wenn die Mitarbeiter durch ein attraktives Mitarbeiterorschlagswesen stärker motiviert werden, hier ihre Sachkenntnis einzubringen.

Große neue Verkehrsprojekte wie Westtangente mit hohen Folgekosten sind auch aus finanziellen Gründen nicht realisierbar.

Wir Landshuter Grüne fordern deshalb

- eine bürgergerechte transparente Darstellung des Landshuter Haushalts mit Erläuterungen, um die finanzielle Situation der Stadt alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar zu machen (s. Kap. Bürgerbeteiligung/Bürgerhaushalt, S. 10).
- eine klare Abwägung des Schuldenabbaus gegen jetzt sinnvolle und unaufschiebbare Maßnahmen.
- das Konnexitätsprinzip konsequent einzufordern: Wo der Staat den Kommunen Aufgaben überträgt, muss er auch für die nötige finanzielle Ausstattung sorgen.
- die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern: Busse, Schwimmbad, Stadtbücherei, Sportstätten dürfen der Sparpolitik nicht zum Opfer fallen.
- die zügige Sanierung der städtischen Liegenschaften.
- keine Subvention des motorisierten Individualverkehrs durch nicht kostendeckende Parkgebühren.
- Folgekostenberechnungen nach allgemein betriebswirtschaftlichen Grundsätzen für

alle größeren Baumaßnahmen und Projekten für eine sachgerechte Entscheidungsfindung.

- die Ergänzung der Kameralistik durch die Doppik

80:80 – wir wollen beides

Die Stadt als Trendsetter - Programm zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Viele junge Familien stellen fest: Wenn beide Eltern Vollzeit arbeiten, funktioniert dies nur unter großem organisatorischen Aufwand und führt häufig zur Überforderung. Vor allem Frauen entscheiden sich deshalb für eine Teilzeittätigkeit und werden de facto im Berufsalltag von den Karrierewegen abgeschnitten. Männer hingegen haben als „Hauptverdiener“ bessere Beförderungschancen als zuvor. Das Gehaltsniveau von Männern und Frauen klafft weiter auseinander, was die Aufteilung der Berufstätigkeit für die Zukunft zementiert. Immer mehr Männer wollen gern mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen: Berufliches Engagement wird aber in vielen Firmen mit langen Arbeitszeiten gleichgesetzt. Familienväter, die dauerhaft weniger arbeiten wollen, gelten als weniger leistungsorientiert und mindern ihre Aufstiegschancen.

Ein Modell, das sowohl den Vätern als auch den Müttern entgegenkommt, ist die „kleine Vollzeit“: Mit der Reduktion der Arbeitszeit beider Eltern auf 80% könnte z.B. ein freier Wochentag für Einkäufe, Haushalt, Werkstatt - oder Kinderarzttermin, Kinderturnen oder eigenes Hobby genutzt werden. Alternativ ermöglicht eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit eine höhere Flexibilität z.B. für die Abholzeiten der Kindertagesstätte.

Für Arbeitgeber sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zu 80% arbeiten, problemlos in die Arbeitsabläufe zu integrieren, da sie einen Großteil der Woche zur Verfügung stehen.

Die Stadt Landshut als Arbeitgeber kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen:

Sie schafft die organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass die städtischen Stellen „80%-fähig“ gemacht werden – dies soll v.a. auch für Leitungsfunktionen und höher qualifizierte Tätigkeiten gelten. Bei Stellenausschreibungen wird die Möglichkeit der auf 80% reduzierten Arbeitszeit berücksichtigt.

Dies wäre ein wichtiger Schritt für die Gleichstellung von Männern und Frauen und verbessert erheblich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Etablierung der kleinen Vollzeit ist gerade auch wegen des demographischen Wandels wünschenswert: Für alle, die es ihren Eltern ermöglichen wollen, solange wie möglich selbstständig zu leben, die aber zunehmend mehr Zeit für die Unterstützung ihrer Eltern aufbringen müssen. Dies fängt an mit der Übernahme von Einkäufen und Fahrdiensten, bis zum täglichen Besuch und letztlich bis hin zur Pflege.

Die aktive Gestaltung des 80:80-Modells durch die Stadt Landshut als großen Arbeitgeber zusammen mit den Stadtwerken und dem Klinikum stärkt darüber hinaus die Attraktivität als Arbeitgeber und hätte zudem eine Signalwirkung auch auf andere in Landshut ansässige Arbeitgeber.

WIRTSCHAFT: aktiv und nachhaltig fördern

Landshut hat ideale Rahmenbedingungen als Wirtschaftsstandort: die Nähe zu München und zum Flughafen, das Bildungs- und Kulturangebot, die Infrastruktur, Naherholungsgebiete, ein intaktes städtisches Leben etc. Und doch fehlt es an einer wirksamen Darstellung. Die Zersplitterung des Stadtmarketings vergibt viele Möglichkeiten eines einheitlichen Auftretens der Stadt als Wirtschafts- und Tourismusstandort. Eine echte Zusammenarbeit und gemeinsame Außendarstellung mit den Nachbargemeinden gibt es nach wie vor nicht. Stadt und Umland müssen sich als Teil einer Wirtschaftsregion begreifen.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für unseren Wirtschaftsstandort verbessern durch eine aktive, nachhaltige Wirtschafts- und Strukturpolitik, die sich auch an umwelt- und sozialpolitischen Zielen orientiert.

Zu einer wachsenden Stadt gehört ein gutes Angebot für Berufstätige und Pendler, auch über die Stadtgrenzen hinaus, um ihren Arbeitsplatz erreichen zu können. Eine bessere Taktung der Busse gibt einen Anreiz zum Umsteigen auf Bus und Bahn. Die Airportlinie ist ein guter Beleg dafür, dass gute Angebote auch zu einem entsprechenden Preis von den Menschen angenommen werden.

Zur Attraktivität Landshuts trägt auch die lebendige Innenstadt mit ihren vielseitigen Einkaufsmöglichkeiten bei. Das von der Stadt in Auftrag gegebene Einzelhandels- und Zentrenkonzept ist bei Entscheidungen über Einzelhandelsstandorte zu Grunde zu legen. Eine weitere Ausdehnung von innenstadtrelevanten Einzelhandelssortimenten in den Gewerbegebieten muss verhindert werden, um die mittelständischen Unternehmen, Dienstleister und Einzelhändler in Landshut zu stärken.

Unsere Ziele sind

- die Ansiedlung neuer Unternehmen insbesondere aus Zukunftsbranchen wie den erneuerbaren Energien, um die Abhängigkeit von der Automobilindustrie zu verringern.
- eine konzeptionelle Zusammenarbeit in der Wirtschaftsregion Landshut mit den Nachbargemeinden und dem Landkreis.
- die Neuordnung des Bereichs Stadtmarketing und Tourismus.
- die Stärkung des ÖPNV für Berufstätige sowie Pendlerinnen und Pendler, auch über die Stadtgrenzen hinaus.
- ein schnelles Internet überall in Landshut.
- die Stärkung der Zusammenarbeit mit der Hochschule.
- den Erhalt der „weichen“ Standortfaktoren wie Bildungs-, Kultur- und Sportangebote.
- den Schutz des Einzelhandels in der Innenstadt durch konsequente Umsetzung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts.

Index

A

Abfallberatung 29
Abfallwirtschaft 29
Abstellanlagen 19, 21
Achdorfer Isarsteg 18
Agenda 21 25, 36, 37
Airportlinie 51
Aktionsplan Inklusion 36
Alleinerziehende 36, 40
Alltagsdiskriminierung 40
Alte Kaserne 44
Altenheime 35, 36
Altersarmut 36, 40
Altersstruktur 34
Alte Schönbrunnerstraße 39
Altes Franziskanerkloster 44, 49
Altstadt 7, 12, 13, 14, 18, 19, 20
Ampeln 18, 19
Amphibienübergänge 27
Angebotsstreifen 18
Anrufsammeltaxis 20
Antidiskriminierungsstelle 38
Atomenergie 22
Atomkraft 26
Aufenthaltsqualität 12, 13, 14, 18, 32
Aufstellflächen 18
Auloh 31
Ausländerwahlrecht 39
Autofahrer 17, 20
Automobilindustrie 51
Auwald 22, 27, 33, 34, 45
Auwaldsiedlung 33

B

B15neu 19
Badeverbot 28
Bahnhof 20, 21
Bahnverkehr 20

Balsgäßchen 20
Barrierefreiheit 13, 17, 21, 36
Baulandausweisung 32, 48
Bauleitplanung 12, 23, 30
Baumschutzverordnung 27, 30
Bebauungsplan 24, 27
Behindertenbeirat 35
Bernlochner 8, 44
Berufseinstiegsbegleitung 43
Berufsschule I 48
Betreuungsangebote 31
Betreuungsplätze 31
BHKWs 25
biberaill 33, 34, 45
Bienensterben 27
Bildungseinrichtungen 43
Bildungs- und Teilhabepaket 38
Biodiversitätsstrategie 27, 30
Biogas 24, 29
biologischer Landbau 30
Biomasseheizkraftwerk 9, 23, 29
Bischof-Sailer-Platz 12, 13, 18
Bismarckplatz 14, 32
Blockheizkraftwerke 25
Bolzplätze 33, 45
Brachflächen 14, 28
Breitensport 45
Bücherei 32
Burgaufzug 7, 9
Bürgerbegehren 9
Bürgerentscheid 9, 17
Bürgerfonds 23, 24
Bürgergärten 14
Bürgergenossenschaften 24
Bürgerhaushalt 10, 11, 49
Bürgerstadt 7
Bürgerversammlung 9, 10, 11
Bus 17, 20, 49, 51

C

Carsharing 17, 20
CCL 20
CSU 7, 9, 37, 48

D

Dämme 29
Daseinsvorsorge 19, 24, 46, 48, 49
Defizitdeckungsverträge 49
Deiche 29
Denkmalschutz 7, 12, 14, 44
dirtbiker 33
Dogstations 16
Domfreiheit 20
Doppel-Zebrastreifen 19
Dreifaltigkeitsplatz 13

E

e-Bikes 18
Einbürgerungsfeier 38
Einkaufszentren 12
Einzelhandel 14, 51
Einzelhandels- und Zentrenkonzept 14, 51
Eishockey 45
Eissporthalle 45
Elektroautos 18
Elektrokleingeräte 29
Elektromobilität 17
Ellermühle 18, 34, 44
energetische Sanierung 23
Energiebericht 22
Energie-Contracting 24, 25
Energieeinsparberatung 24
Energieforum 22
Energiestandards 24
Energie- und Klimaschutzkonzept 22
Entschleunigung 18
Erdgas 25
Erholungsgebiete 28
Ernährung 31, 45
erneuerbare Energien 22, 23, 25, 51
Expresslinien 20

F

Fahrpläne 19
Fahrradaktionstag 19

Fahrradbeauftragte 19
Fahrradparkhaus 21
Fahrradstraße 18
Familienbonus 32
Ferienbetreuung 31
Fernwärme 23, 24
Fischtreppe 27
Flächenverbrauch 28
Flächenversiegelung 22, 29
Flüchtlinge 37, 39
Flutmulde 14, 29, 45
Frauenberg 30
Frauenhäuser 37, 41
Frauenquote 40
Freiwilligenagentur 32, 35
Freyung 20
Fußball 45
Fußgänger 12, 13, 17, 18, 19
Fußgängerzone 12, 13
Fußwege 18

G

Ganztagsbetreuung 31
Ganztagssschule 31
Gebäudebestand 25, 48
Gebetsraum für Muslime 40
Geothermie 23
Geschwindigkeitsbegrenzungen 29
Gesundheitsschutz 45
Gewalt gegen Frauen 41
Gewässerentwicklungskonzept 13
Gewerbegebiete 28, 51
Gewerbesteuer 48
Gleichstellung 40, 50
Graffiti-Flächen 34
Grieserwiese 18, 20
Grünabfälle 29
Grundschulen 31
Grundsteuer B 48
Grundwasserspiegels 29
grünes Netz 27
Grünflächen 7, 16, 27, 30
Grünkonzept 30

H

Haltestellen 20
Haydnstraße 22, 27
Heilig-Geist-Gasse 13
Hochschule 15, 20, 43, 51
Hochwasser 22, 29
Hochwasserschutz 22, 29
Hockeyplätze 33
Hunde 16
Hundefreilaufflächen 16
Hundeführerschein 16

I

Industriegebiet 20, 31
Informationspolitik 9
Infrastruktur 33, 42, 48, 51
Inklusion 31, 36
inklusive Arbeitsplätze 36
Innenstadt 12, 15, 16, 18, 32, 33, 48, 51
Integrationskonferenz 39
Integrationspolitik 38
Internet 9, 10, 11, 51
Isar 13, 14, 18, 26, 28, 29
Isarauen 7, 28
Isarforum 13, 14
Isar I 26
Isarstrand 28

J

Jennerstraße 33
Jobtickets 20
Jugendevents 34
Jugendherberge 13, 34
Jugendkultur 16, 44
Jugendplenum 10, 34
Jugendrat 34
Jugendschutz 33
Jugendzeltplatz Mühlhof 34
Jugendzentren 33
JUZ 33, 44
JVA 12

K

Kaltluftschneisen 22, 27, 30
Kameralistik 48, 50
Kasernenberg 27
Kellerstraße 22, 27
Kernstadt 12, 13, 14, 44
Kinderbetreuung 31, 35, 41
Kindergarten 32
Kindergärten 17, 30, 49
Kindergartenplätze 31
Kinderkrankenhaus 30
Kinderkrippen 36, 49
Kindertagesstätten 31, 32, 36, 45
Kinder- und Jugendsprechstunden 34
Kleines Theater 33, 44
kleine Vollzeit 50
Klimaschutzkonzept 22
Klimaschutzziele 22, 23
Klimawandel 22, 27, 29
Klinikum 30, 36, 40, 46, 50
Kollerparkplatz 12
Kolping-Areal 27
Kolpinggelände 12
Königsfeldergasse 12
Konnexitätsprinzip 49
Konrad-Adenauer-Straße 17, 19, 29
Kraft-Wärme-Kopplung 24, 25
Kreislaufwirtschaft 29
Kreisverkehr 18
Krippenplätze 31
Kulturbegriff 38
Kulturleitbild 44
Kulturpolitik 44
Kulturszene 44
Kunst 44
Kunstverein 44
Kurzfilmfestival 44

L

Ländgasse 20
Landkreis 17, 19, 28, 46, 51
Landshut-West 14

Ländtorplatz 13, 19
Landwirtschaft 27, 29
Lärm 28, 29, 45
Lärmschutz 17, 28
Lärmschutzkonzept 29
Lebensmittel 28, 30
Leinenzwang 16
Leinfelderstraße 18

M

Marschallstraße 33
Massentierhaltung 28
Maßnahmenpaket Klimaschutz 23
medizinische Versorgung 35, 46
Mehrgenerationen-Wohnprojekte 35
Mehrsprachigkeit 43
Messegelände 20
Metzentail 30
MigrantInnen 15, 38
Migrationsbeirat 9, 38, 39
Migrationspolitik 38
Mitarbeitervorschlagswesen 49
Mitfahrgelegenheit 20
Mittelschulen 43
Mobilität 17, 18, 19, 22
Mobilitätskonzept 17
Mobilitätsmanagement 23
Modell Landshut 43
Moniberg 31
Montessori-Schulen 43
motorisierter Individualverkehr 20, 49
Mühleninsel 13, 28
Müllverbrennung 29
Münchner Verkehrsverbund 21
Museen 44, 49

N

Nachtbuslinien 34
Nachverdichtung 27, 28, 30
Nachwuchsleistungszentrum 45
Nahensteig 20
Naherholungsgebiete 27, 51

Nahversorgung 21

Naturschutzgebiet ehemaliger Standortübungs-
platz 27
Neustadt 12, 18, 20, 29
Niedermayerviertel 20
Nikola 14, 20, 31, 33, 37
Nikolastraße 18

O

Öffentlichkeit von Stadtratsberatungen 9
Ökostrom 24
Open-Air-Festival 34, 44
ÖPNV 12, 15, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 29, 32, 35,
48, 51
Ostumfahrung 19
Ottonianum 13

P

Papiererstraße 18
Parkgebühren 49
Parkleitsystem 20
Parkplätze 12, 14, 17
Parkraumbewirtschaftung 17, 20, 48
Parks 27
Pedelecs 18
Pendelbus zur Burg 20
Pendler 51
Personalkosten 49
Personalratsgremien 41
Peter und Paul 31
Pfandgeschirr 29
Pflegerkräftemangel 35
Porschestraße 33
Poschinger Villa 33
Postplatz 12, 13, 18
Park&Ride 19, 20
Prantlgarten 44
präventive Projektarbeit 43

Q

Quartiersbeiräte 37

R

Radfahrer 12, 13, 17, 18, 19

Radl-Stadtplan 18

Radlständer 19

Radverkehr 29

Radwege 18

Radwegenetz 18, 32

Rathauszeitung 10

Raumlüftung 24

Regierungsplatz 13

Regionalbuslinien 21

Residenz 49

Retentionsflächen 29

Ringbus 20

Rosental 30

Rufbusse 20

S

Salzdorfer Tal 28, 30

Sanierung 23, 48, 49

Sanierungsstau 8, 23, 48

S-Bahn 21

Schallschutzmaßnahmen 17

Schallschutzwände 29

Scherbentelefon 19

Schillerstraße 18

Schulbüchereien 32

Schulden 8, 48

Schuldenabbau 49

Schuldnerberatung 36, 38

Schulen 17, 18, 25, 30, 31, 32, 36, 39, 43, 45, 48

Schulsozialarbeit 43, 49

Schulsprengel 43

Schulwege 32, 43, 45

Schulwegkosten 43

Schulwegsicherheit 15, 32

Schwerlastverkehr 17

Schwimmbad 49

Schwimmschule 48

Seligenthal 32

Seligenthalerstraße 14, 18

Senioren-WG 35

SeniorInnen 34, 35

Shared Space 17

Sitzungsunterlagen 9

Smartgrid 24

Smartmetering 24

Solarenergie 23

Solarthermie 23

Sozialpolitik 37

SPD 9

Sperrstundenregelung 34

Spielcasinos 33

Spielhallen 34

Spielplätze 33

Spielstraßen 32, 45

Sportanlagen 45

Sportförderung 49

Sportstadt Landshut 45

Sportstätten 49

Sprachförderung 32

SpVgg Landshut 45

Stadtbücherei 32, 49

städtische Musikschule 43

städtische Wohnungsgesellschaft 37

Stadtklima 22, 27

Stadtmarketing 51

Stadtmuseum 44

Stadtpark 14, 18, 27

Stadtparkfest 34, 44

Stadtspektakel 44

Stadtteilforen 14

StadtteilsprecherInnen 10

Stadttheater 33, 44, 49

Stadtviertel 14, 20, 34, 45

Stadtwerke 20, 23, 24, 25, 50

Stau 17, 20

Stellenausschreibungen 38

Straßenbau 45

Straßenbeleuchtung 24

Straßenhockey 45

Streetball 33, 45

Streetballplätze 33

Stromsparberatung 25

Studenten 15
Studentenwohnungen 15
Studierende 15

T

Tagespflegeplätze 31
Taktung 19, 20, 51
Talentförderung 45
Tal Josaphat 7, 27, 28
Tarifstruktur 20
Teilzeitmodelle 41
Tempo 30 17, 29, 32
Tiefgarage unter der Neustadt 12
Tourismus 51
Trinkwasser 28
Trinkwasserschutzgebiet 28

U

Uferpark 13
Umland 20, 51
Umsteigebeziehungen 20
Umweltverbund 17

V

Veldnerstraße 17
Verbraucherschutz 29
Vereinbarkeit von Familie und Beruf 36, 40, 50
Verkehr 17, 19, 22, 29, 30, 36
Verkehrsberuhigung 12, 13, 18
Verkehrsentwicklungsplan 17, 22
Verkehrskontrollen 20
Verkehrsländeplatz 18
Verkehrspolitik 8, 12, 17, 32
Verkehrsverbund 19, 21
Verschuldung 8, 48

W

Wagnergasse 14
Waldkindergärten 31
Waldorfschulen 43

Wärmedämmung 24
Wasserschutzgebiete 28
Weilerstraße 32, 44
Wernstorferstraße 27
Westtangente 7, 9, 17, 49
Willkommenskultur 15, 38
Windkraft 23
Windkraftanlage Weihbüchl 23
Winterdienst 19
Wirtschaftsstandort 51
Wittstraße 18
Wohnberatung 35
Wohngebiete 32
Wohngeld 36
Wohnraum 15, 28, 32, 36, 37, 38
Wohnungsbau 26, 37
Wohnungsbaugesellschaft 15
Wohnungsnot 37
Wohnungspolitik 12
Wolfgangssiedlung 14, 31

Z

Zebrastreifen 18, 19

Kontakt / Impressum

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Kreisverband Landshut-Stadt
Regierungsstraße 545
84028 Landshut

Tel.: 0871 / 27633223
Fax: 0871 / 27633224
vorstand@gruene-la.de

www.gruene-la.de

V.i.S.d.P.:
Björn Láczyay
B'90 / DIE GRÜNEN
Regierungsstraße 545
84028 Landshut